

# Freundschaft

Zeitung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Kasachstans

## An die Völker der Republiken Mittelasiens und Kasachstans

### Appell

der führenden Repräsentanten der Usbekischen Sozialistischen Sowjetrepublik, der Kasachischen Sozialistischen Sowjetrepublik, der Kirgisischen Sozialistischen Sowjetrepublik, der Tadshikischen Sozialistischen Sowjetrepublik und der Turkmenischen Sozialistischen Sowjetrepublik

Alma-Ata

Teure Landsleute, Brüder und Schwestern! In der für die Geschichte des Landes und jeder unserer Republiken schweren Zeit halten wir es für unsere Pflicht, an Euch Worten zu richten, die immer dem Sehnen und Hoffen aller Völker entsprechen und eine führende moralische Orientierung im Leben der Menschen waren. Freundschaft, gutnachbarliche Beziehungen, Einvernehmen — diese Begriffe scheinen nicht extra erläutern zu müssen. In unseren multinationalen Republiken gehören sie von alters her zum Lebens- und Bräuche, durch sie sind unsere schwierigen historischen Erfahrungen gebildet. Ihnen liegen die unvergänglichen sozialistischen Werte und Ideale zugrunde. Zu allen Zeiten wurden bei uns über alles Mitmenschlichkeit, Großzügigkeit und Gastfreundschaft, Ruhe und Weisheit gelehrt. Bei Tuchfühlung, Brüder-

lichkeit und Solidarität erzielen wir unsere unbestreitbaren Erfolge, überwinden die Entbehrungen und Unbillen. Wir sind überzeugt, daß wir auch heute, nur gemeinsam und mit vereinten Kräften um unser gemeinsames Haus sorgend, bei der Erneuerung der Gesellschaft vorankommen können. Jeder Schritt auf diesem Weg fällt uns nicht leicht — einen zu großen Preis zahlen wir für die in jüngster Vergangenheit begangenen Fehler, für die Ignorierung der Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung, für die dogmatischen Ansichten auf die Realität des Lebens. All das wirkte sich unvermeidlich auf die Lage der Wirtschaft und des sozialen Bereichs, auf die moralische und geistliche Gesundheit der Gesellschaft aus. Leider versuchen gewisse destruktive Kräfte, die Emotionen anregen und ungesunde Leidenschaften, darunter auch zwischenationalen Ha-

der entfachen, die entstandenen Schwierigkeiten zu eigennützigen Zwecken auszunutzen. In der letzten Zeit führt es nicht selten zu schweren Folgen, zur Entstehung von Konflikten, die nicht selten eine tragische Folgen haben und die nichts außer Schmerz und menschliches Unglück bringen können. Wir Teilnehmer des Treffens rufen weibhaarige Aksakale, Männer und Frauen, Jungen und Mädchen, Kommunisten und Parteiloje, an Massenorganisationen, selbständige Strukturbildungen und Bewegungen, Vertreter aller Völker, für die unsere Republiken zur Heimat geworden sind, auf, alle ihre Kräfte, ihr Wissen und ihre Energie auf die schöpferische Arbeit, auf die Festigung der Einheit und Geschlossenheit im Namen des Gemeinutzes zu richten. Wie nie zuvor, sind jetzt Vernunft und Zurückhaltung, Ausgewogenheit von Urteilen und Handlungen gefragt.

Das Andenken an die großen Vorfahren ruft uns heute zur Einigung der Kräfte und zur Festigung der historischen Bande der Brüderschaft auf. Vergessen wir nicht, daß die unsterblichen Dichter und Denker zu allen Zeiten die Freundschaft und Eintracht der Völker besangen, die Herzengüte und Liebe als das wertvollste Reichtum der Menschenherzen rühmten. Wir hoffen, daß der Sinn und der Inhalt der auf dem Treffen

angenommenen Dokumente Wiederhall und Unterstützung bei der ganzen Bevölkerung der Region finden werden. Die Vollkommenheit der uns gegebenen Macht nutzend, werden wir unsererseits alles für die Festigung der Völkerfreundschaft, für die strikte Einhaltung der Verfassungsnormen und -rechte der Bürger tun unabhängig von ihrer nationalen Zugehörigkeit und der effektiven Lösung der wirtschaftlichen, sozialen und zwischenationalen Probleme.

- Präsident der Usbekischen Sozialistischen Sowjetrepublik I. KARIMOW
- Präsident der Kasachischen Sozialistischen Sowjetrepublik N. NASARBAJEV
- Vorsitzender des Obersten Sowjets der Kirgisischen Sozialistischen Sowjetrepublik A. MASSALIJEW
- Vorsitzender des Obersten Sowjets der Tadshikischen Sozialistischen Sowjetrepublik K. MACHKAMOW
- Vorsitzender des Obersten Sowjets der Turkmenischen Sozialistischen Sowjetrepublik S. NIJASOW

23. Juni 1990

## Gründungsparteitag

### der Kommunistischen Partei der RSFSR Informationsmitteilung

Am 23. Juni 1990 setzte der Gründungsparteitag der Kommunistischen Partei der RSFSR im Kreml-Kongreßpalast seine Arbeit fort.

Die Vormittagsitzung begann unter dem Vorsitz J. A. Manajenkows — des Sekretärs des ZK der KPdSU und Mitgliedes des Büros des ZK der KPdSU der Russischen Föderation.

Der Vorsitzende der Zählkommission gab die Ergebnisse der wiederholten Abstimmung bekannt. Zum 1. Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der RSFSR wurde I. K. Poloskow gewählt. Die Delegierten bestätigten das Protokoll der Zählkommission.

Danach hielt I. K. Poloskow für die Teilnehmer des Parteitags eine kurze Ansprache. Im weiteren fand die Sitzung unter seinem Vorsitz statt.

Der Parteitag ging an die Erörterung der Grundsätze und der Ordnung der Bildung der leitenden Organe der Kommunistischen Partei der RSFSR.

Nach einer Pause erörterten die Delegierten Resolutionen und nahmen sie an, über die Entwürfe der Programmklärung des XXVIII. Parteitags der KPdSU und des Statuts der KPdSU, über die gegenwärtige Lage und die vordringlichsten Aufgaben der Kommunistischen Partei der RSFSR, „Appell an die Kommunisten, an die Völker der Russischen Föderation“ sowie die Resolution „Über die Einstellung des Gründungsparteitags der Kommunistischen Partei der RSFSR zu den Massenmedien der Russischen Föderation“.

Eine heftige Diskussion entbrannte bei der Nominierung von Kandidaturen für das Zentralkomitee der Partei. Danach fand die Abstimmung statt.

M. S. Gorbatschow gab auf dem Parteitag ausführliche Antworten auf zahlreiche Fragen.

Nach dem Bericht der Zählkommission bestätigte der Parteitag das gewählte Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der RSFSR.

Die Delegierten beschlossen, den Vorsitzenden der Kontrollkommission der Kommunistischen Partei der RSFSR in der zweiten Arbeitsetappe des Parteitages zu wählen.

Abschließend gab der 1. Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei der RSFSR I. K. Poloskow den Abschluß der ersten Arbeitsetappe des Gründungsparteitages der Kommunistischen Partei der RSFSR bekannt.

## Vom Standpunkt der Freundschaft und gutnachbarlicher Beziehungen aus

Das Treffen der Führungen der Republiken Mittelasiens und Kasachstans ist am Samstag in Alma-Ata beendet worden. Sein Ziel war, die Integrationsprozesse zu beschleunigen und das Produktionspotential der mittelasiatischen Region zu entwickeln. Daran nahmen teil: Der Präsident der Kasachischen SSR, N. A. Nasarbajew, der Präsident der Usbekischen SSR, I. A. Karimow, die Vorsitzenden der Obersten Sowjets — der Kirgisischen SSR, A. M. Massalijew, der Tadshikischen SSR, K. Machkamow, der Turkmenischen SSR, S. A. Nijasow, die Regierungschefs und die Vorsitzenden der Staatlichen Plankomitees dieser Republiken.

Hauptergebnis war die Unterzeichnung einer gemeinsamen Erklärung und eines Regierungsabkommens über die wirtschaftliche, wissenschaftlich-technische und kulturelle Zusammenarbeit Kasachstans, Usbekistans, Kirgisiens, Tadshikistans und Turkmenistans. Die Seiten kamen überein, die geltenden Beschränkungen für die Ausführung von Konsumgütern abzuschaffen und die gegenseitig vorteilhaften Rohstoff- und Erzeugnislieferungen aufrechtzuerhalten.

Das Abkommen läuft bis 1. Januar 1996 und unterliegt einer Bestätigung durch die Obersten Sowjets der Republiken. Es ist für den Beitritt jeder Unions- und autonomen Republik offen. Es wurde für notwendig befunden, einen ständigen Koordinierungsrat für kommerzielle Zusammenarbeit mit einer Arbeitsgruppe zu bilden, die ihren Sitz in Alma-Ata hat.

Es wurde auch ein Appell an die Völker der fünf Republiken angenommen, in dem zu Einheit und Geschlossenheit für das allgemeine Wohl aufgefordert wird. Darin werden auch die Verurteilung einiger Extremistengruppen verurteilt, die traditionen der Freundschaft und der guten Nachbarschaft in Zweifel zu ziehen.



(TASS) Unterzeichnung der Dokumente.

Foto: KasTAG

## Erklärung

der Führung der Usbekischen Sozialistischen Sowjetrepublik, der Kasachischen Sozialistischen Sowjetrepublik, der Kirgisischen Sozialistischen Sowjetrepublik, der Tadshikischen Sozialistischen Sowjetrepublik und der Turkmenischen Sozialistischen Sowjetrepublik

Alma-Ata

23. Juni 1990

Wir durchleben eine Zeit stürmischer politischer Prozesse, der Umbewertung von Werten, der Überwindung der Krise im wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und moralischen Lebensbereich. In dieser komplizierten Umbruchzeit brauchen wir besonders Einheit im Handeln und Koordinierung der Bemühungen in den bestimmenden Richtungen der Umgestaltung. Gerade diesen Aufgaben dient auch das Treffen der Führung der mittelasiatischen Republiken und Kasachstans.

Die Völker Mittelasiens und Kasachstans einen nicht nur die geographische Nachbarschaft, sondern auch die gemeinsamen historischen Geschicke, die Verwandtschaft der Kulturen, Traditionen und Bräuche. Wir bekräftigen die Unerschütterlichkeit der entstandenen Territorien der Republiken, sie können nicht auf jemanden Wunsch ohne ihr Einverständnis geändert werden.

Die mittelasiatischen Republiken und Kasachstan verfügen über einzigartige Natur- und Klimaverhältnisse sowie über ein reiches Potential, deren effektive Nutzung es ermöglichen wird, den Lebensstandard der Bevölkerung zu heben und viele Probleme nicht nur unserer Region, sondern auch des ganzen Landes zu lösen. Jedoch hat die jetzige rohstoffliefernde Richtung der Wirtschaft der Region einen großen Rückstand in der sozialen Entwicklung verursacht. Große Besorgnis erregen der Stand der Ökologie, des Gesundheitswesens, besonders die

Kindersterblichkeit, die niedrige Lebensdauer der Bevölkerung sowie die unbefriedigende Lebensmittellieferung. Das steigende Defizit und die Verunreinigung der Wasserressourcen bringen die Bevölkerung der Region an den Rand der ökologischen Katastrophe und fordern eine Mobilisierung von Mitteln und Ressourcen unserer Region sowie des ganzen Landes.

Wir treten für die Erneuerung des föderativen Aufbaus des Landes auf Grund des Abschlusses eines neuen Unionsvertrages ein, was die Entwicklung der verschiedensten Formen von Beziehungen unter Berücksichtigung der nationalhistorischen, wirtschaftlichen und kulturellen Besonderheiten der Republiken und der objektiven Bewertung der Startlage jeder davon garantieren würde. Das wird den Völkern ermöglichen, wahre Herren ihres Landes zu werden und Voraussetzungen für eine effektive Lösung der spruchreif gewordenen Probleme schaffen.

Auf Grund dieser Prinzipien wurde ein vielsichtiges Regierungsabkommen über die wirtschaftliche, wissenschaftlich-technische und kulturelle Zusammenarbeit der mittelasiatischen Republiken und Kasachstans abgeschlossen. Darin sind die Prioritätsrichtungen des Zusammenwirkens auf dem Gebiet der gesamtwirtschaftlichen Probleme, der Wissenschaft und Technik, der Bildung und Kultur, der Ökologie und der Vervollkommnung der Finanz- und Kreditbeziehungen festgelegt. Besondere Beach-

tung gilt der Ausarbeitung und Realisierung der Republikprogramme, gezielt auf die rationelle Beschäftigung der arbeitsfähigen Bevölkerung. Es werden Maßnahmen getroffen, die eine Koordinierung der strukturellen Umgestaltung der Republiken und die gemeinsame Tätigkeit in der Entwicklung der Außenwirtschaftsbeziehungen gewährleisten. Vorgezogen wird ein gegenseitig vorteilhafter Austausch von Produktionsmitteln und Konsumgütern auf dem sich herausbildenden Unionsmarkt. Zur Realisierung dieses Abkommens soll ein ständiger Koordinierungsrat für Zusammenarbeit unter Gewährleistung aller nötigen Machtbefugnisse für ihn geschaffen werden.

Wir sind der Ansicht, daß die erreichte Vereinbarung zur Entwicklung des Marktmechanismus, der Wirtschaftsintegration, zur Beseitigung der Gründe, die separatistische Tendenzen verursachen, und letzten Endes zur Hebung des Volkswohlstands der Bevölkerung beisteuern wird.

Ein akutes Problem der Region ist die ökologische Katastrophe des Aralgebiets. Um die Anstrengungen zur Wiederherstellung des ökologischen Gleichgewichts im Bereich des Aralsees zu vereinen, haben wir es vereinbart, eine Regierungskommission zu schaffen und einen Hilfsfonds für die Bevölkerung des Aralgebiets zu stiften; auch über eine Reihe anderer wichtiger Fragen, die mit der Verbesserung des Lebens der in dieser Region lebenden Menschen zusammenhängen, ist man zu einer Über-

einkunft gelangt. Das genügt aber immer noch nicht für eine endgültige und unabänderliche Lösung dieses brennenden Problems. Wir ersuchen den Präsidenten der UdSSR M. S. Gorbatschow und den Obersten Sowjet der UdSSR, das Aralgebiet zur allgemeinen Notstandzone zu erklären und eine Entscheidung über die Ausarbeitung und Realisierung des Staatsprogramms zur Wiederherstellung des ökologischen Gleichgewichts im Aralgebiet zu treffen durch die Schaffung des ökologischen Unionsfonds unter Heranziehung der spezialisierten Einrichtungen der UNO und anderer internationaler Organisationen an die Lösung dieses Problems. Wir erachten es als notwendig, auf das Problem der Umleitung eines Teils des Abflusses sibirischer Flüsse nach Mittelasiens und Kasachstan als eines prinzipiellen Weges der Rettung des Aralsees und der Lösung des Problems der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln zurückzukommen. Unserer Meinung nach wird das die Zukunft der Region, wo über 50

Millionen Menschen leben, in entscheidendem Maße bestimmen. Besondere Beachtung soll der Notwendigkeit gelten, Gesetzgebungsakte auszuarbeiten, die unter den Bedingungen des Übergangs zur regulierbaren Marktwirtschaft einen gescherten sozialen Schutz der Bevölkerung, besonders ihren minderbemittelten Teil, gewährleisten. Wir sind der Ansicht, daß die Vertiefung der Wirtschaftsbeziehungen und die Festigung der Freundschaft zwischen unseren Völkern vor allem die Festigung der ganzen Union fördern werden.

Die Völker unserer Republiken verbinden mit dem bevorstehenden XXVIII. Parteitag der KPdSU ihre Hoffnungen auf die Festigung der Stabilität im Lande und in jeder Region auf Grund der Konsolidierung aller gesunden Kräfte im Namen der Verbesserung des Lebens der Sowjetmenschen. Wir sind zu einer Vereinbarung über die Veranstaltung jährlicher Treffen zur Erweiterung und Vervollkommnung der vielseitigen Zusammenarbeit gelangt.

- Präsident der Usbekischen Sozialistischen Sowjetrepublik I. KARIMOW
- Präsident der Kasachischen Sozialistischen Sowjetrepublik N. NASARBAJEV
- Vorsitzender des Obersten Sowjets der Kirgisischen Sozialistischen Sowjetrepublik A. MASSALIJEW
- Vorsitzender des Obersten Sowjets der Tadshikischen Sozialistischen Sowjetrepublik K. MACHKAMOW
- Vorsitzender des Obersten Sowjets der Turkmenischen Sozialistischen Sowjetrepublik S. NIJASOW

## Für eine einheitliche KPdSU

M. S. Gorbatschow sprach vor Teilnehmern des Gründungsparteitages der KP Rußlands

Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, M. S. Gorbatschow, ist gewiß, daß die Kommunistische Partei der Sowjetunion ein langes Leben vor sich hat. „Ich bin von einem langen Leben der sozialistischen Idee und von der kommunistischen Perspektive überzeugt“, erklärte er.

M. S. Gorbatschow hat sich am Samstagabend für fast anderthalb Stunden den Fragen der Teilnehmer des Gründungsparteitages der Kommunistischen Partei Rußlands gestellt. Darauf angesprochen, wie er die Perspektiven der Kommunistischen Partei in der UdSSR sieht, sagte er, daß die KPdSU unbedingt eine neue Partei sein muß, die das Geschehen im In- und Ausland wahrnimmt, eine Partei, die wirklich befähigt ist, die herangereiften Bedürfnisse und die Erwartungen der Menschen zum Ausdruck zu bringen und weiterhin Generator von Perestrojka-Ideen zu sein.

Wenn sich die KPdSU nicht reformiert, gerät sie an den Weg der Geschichte, sagte M. S. Gorbatschow. Er gab seiner Überzeugung Ausdruck, daß der bevorstehende XXVIII. Parteitag der KPdSU der „Erneuerung der Partei einen mächtigen Impuls“ verleihen wird. Auf die organisatorischen Prinzipien ihres Aufbaus eingehend, sagte der Generalsekretär, „Ich bin für eine einheitliche KPdSU, ich bin gegen eine Föderalisierung.“

Auf die Frage, ob er die gleichzeitige Bekleidung der Posten des führenden Repräsentanten der Partei und des Präsidenten des Landes als normal ansehe, sagte M. S. Gorbatschow, daß es nach seiner Ansicht in Zukunft zu einer Trennung kommen wird. Doch in der gegenwärtigen Etappe, in der eine „Umgruppierung der politischen Kräfte“ vor sich geht, soll diese Vereinigung „aufrechterhalten bleiben“.

Auf die Frage, wie er die Ausführungen eines Angehörigen der Streitkräfte beurteile, der behauptete, die Verteidigung des Landes sei geschwächt worden, sagte M. S. Gorbatschow, die Führung des Landes geht von der Doktrin des vernünftigen Mindestmaßes aus. Mit der Behauptung, die Interessen der Verteidigung würden „müßig“, erklärte er sich nicht einverstanden. „Das entspricht nicht der Wirklichkeit. Heute ist unsere Verteidigung zuverlässig. Wir sind keine Abenteurer, keine Simpel, die einen billigen Schacher eingehen“, unterstrich er.

Die Armee muß modern sein und über ein kompetentes und sachkundiges Offizierskorps und moderne Waffen verfügen, fuhr M. S. Gorbatschow fort. „Wir tun all das, was man für Forschungen und für die Lösung perspektivreicher Aufgaben braucht, damit die Parität nicht gestört wird.“

Zugleich erinnerte M. S. Gorbatschow daran, daß der Anteil der Ausgaben des Landes für den Unterhalt der Streitkräfte seinerzeit 18 Prozent des Nationaleinkommens erreichte. „Kein Industriestaat der Welt hat solche Ausgaben“, in diesem Zusammenhang schätzte er den Abrüstungsprozeß hoch ein, der schon Früchte zu tragen begann.

Als eine normale Erscheinung wertete M. S. Gorbatschow die Tatsache, daß die „Perestrojka auch ein solches sehr wichtiges Institut wie unsere Sowjetarmee erfährt hat. Das besagt aber keineswegs, daß wir unser Interesse für die Armee, für die Streitkräfte verringern sollen“, sagte er. Darauf angesprochen, ob der Westen den UdSSR-Präsidenten in der „litauischen Frage“ unter Druck setze, sagte M. S. Gorbatschow, daß „wir keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten zulassen werden“. M. S. Gorbatschow zog ferner eine Bilanz der Arbeit des Gründungsparteitages für die KP Rußlands und äußerte sich über die Position der Delegierten zufrieden. „Die Entscheidung, die entschieden erklärt, daß sie ihre Partei im Bestand der KPdSU sehen. Zur Unvereinbarkeit der Positionen, die zuwider den Verlauf des Parteitages negativ beeinflusste, sagte der führende Repräsentant der KPdSU, daß man die Konsolidierung und nicht die Spaltung anstreben muß. Er rief auf, „unsere Kräfte und über die Partei auch die Kräfte der ganzen Gesellschaft in der Haupttrichtung der Perestrojka zu konsolidieren.“

Das besagt nicht, daß man „von den prinzipiellen Positionen abgelenkt und in Beeinträchtigung unserer Wahl handeln kann“, fügte M. S. Gorbatschow hinzu. „Im Rahmen der sozialistischen Wahl haben wir enorme Möglichkeiten für die Zusammenarbeit“, betonte der Generalsekretär.

„Eine Spaltung in der Partei wird zu einer überaus starken Polarisierung der gesellschaftlichen Kräfte in der Gesellschaft führen“, unterstrich M. S. Gorbatschow. „Und das wird alle konstruktiven Kräfte des Landes schwächen.“ (TASS)

## Kanäle, die Wasser sparen helfen

Die Vollendung der Renovierungsarbeiten am Kurtinski-Kanal wird den Melloratoren eine wesentliche Reduzierung der Flüsswasserentnahme ohne Schaden für den bewässerten Ackerbau ermöglichen. Man hat diesen Kanal in ein Stahlbetonbett geleitet, das den Feuchtigkeitsverlust von einigen Millionen Kubikmeter je Saison fast völlig vermindert hat. Jetzt speist diese „blaue“ Leitung in der Wüste mit Wasser das Aryknetz für die Bewässerung von fast 10 000 Hektar der Futter-, Gemüse- und Melonenkulturen.

In den letzten Jahren hat unser Kollektiv über 100 Kilometer der früher errichteten Irrigationskanäle mit Beton ausgekleidet“, betonte der Leiter der Projektierungsbaueinheit „Alma-Ata“

(KasTAG)

All die Jahre unserer schändlichen Verbannung war in uns Sowjetdeutschen der Gedanke lebendig, daß wir einmal doch noch zu unserem Recht kommen. Auch wenn mancher das nicht zugeben wollte, war er im Herzen tief überzeugt: Das große Unrecht, das uns angetan wurde, wird einmal von uns genommen werden. Dieses Unrecht war ja auch wirklich himmelschreiend: In der Weltgeschichte findet sich dergleichen nicht so leicht. Ein ganzes Volk — rund zwei Millionen Menschen — wird seines Besitzums enteignet, bloß und hungrig aus seinem Heimatort verjagt, in eine fremde Gegend deportiert und seinem Schicksal überlassen. Dabei wurde auch noch versucht, gewisse lindere Worte zu finden, um eine Art Mitgeföhl vorzutauschen. Dazu kam die schamlose Diffamierung und Stempelung zu Staatsfeinden. Wir waren dadurch faktisch aller Menschenrechte beraubt, in vielen Fällen dem Vieh gleichgestellt. Schwerlich läßt sich eine schlimmere Lage für einen normalen Menschen denken. Daher und weil doch unser deutscher Biedermann kein Unrecht dulden kann und fest an den Sieg der Gerechtigkeit glaubt, blieb der Gedanke und die feste Zuversicht weiterbestehen, daß das uns angetane Unrecht unbedingt beseitigt werden muß. Diese Überzeugung wuchs in mancher Zeit zu größerer Sicherheit oder sank in anderer Zeit tiefer. Im Grunde genommen herrschte aber der Gedanke immer vor. Neu lebte er auf, als Gorbatschow die Perestrojka proklamierte: Offenheit! Gerechtigkeit! Ja, das war uns aus dem Herzen gesprochen. Weg mit allem Schlechten und Morschen! Her mit der Gerechtigkeit!

Ist Gerechtigkeit nicht einer der edelsten, humansten Züge eines Menschen, eines Volkes, eines Staates? Unsere Staatsregierung gedachte nun der verstorbenen, verworfenen, verjagten, verbannten Völkerschaften und ging daran, die Gerechtigkeit ihnen gegenüber wiederherzustellen. Auch wir Sowjetdeutschen gehörten dazu. Es fanden sich Menschen, die selbstlos, ohne auf Mühe und Mittel Rücksicht zu nehmen, Schritte unternahmen, um unsere Lage vor der Öffentlichkeit zu klären und unser nationales Problem vorzubringen. Was es doch großen Massen anderer Nationalitäten, besonders dem russischen Volk vollkommen unbekannt: Woher Deutsche? Was wollen sie? Es erschienen Artikel in der Tagespresse, deren Verfasser Antwort auf diese und andere Fragen zu geben suchten. Die Gesellschaft „Wiedergeburt“ wurde ins Leben gerufen, um die Rehabilitierung der Sowjetdeutschen voranzubringen. Versammlungen und Konferenzen wurden abgehalten, wo diese Maßnahmen und andere Belange der Sowjetdeutschen erörtert wurden. Die Sowjetdeutschen lebten auf, faßten frischen Mut. Auch die Trübsinnigen und Kleingläubigen glaubten an die Perestrojka und damit auch an den Sieg der Gerechtigkeit. Es wurden sogar Regierungskommissionen statuiert und beauftragt, unsere Probleme zu erforschen, Klarheit in alle Fra-

gen hineinzufragen und praktische Schritte zur Wiederherstellung unserer Staatlichkeit an der Wolga zu unternehmen. Die Sache wurde also ernst genommen. Und eines der Mitglieder des Vorstandes der „Wiedergeburt“ erklärte mehr als einmal bei öffentlichen Versammlungen — bis Ende 1989 wurde die positive Lösung des Problems der Sowjetdeutschen und ihrer Autonomie bestreitet sein.

Denkanstöße

# Gibt es für uns noch die heimische Scholle?

## Über das tragische Schicksal meines Volkes

Der Mensch ist oft naiv. Wir Sowjetdeutschen denen jedes schlechte Ansinnen, jede böse Tat, jede Unredlichkeit fernliegen, sind gläubig wie Kinder.

Das Jahr ging zu Ende, die Kommissionen hatten sich gedreht und klein beigegeben, das Problem blieb, was und wie es war. Jetzt kamen wieder Zweifel und Schwankungen in der Mitte der Sowjetdeutschen auf. Kein Wunder — waren sie doch schon oft betrogen worden. Und nun kam der entscheidende Schlag. In seiner Rede vor den Arbeitern in Nischni Tagil, hakte Gorbatschow, wie mit einem scharfen Bell alle die Zweifel und Vorschläge ab, wie man einen Ast entzweihackte. Er ließ keinen Hoffnungsschimmer mehr aufkommen. In tonlosen Worten gab er bekannt, die früheren Sätze der Wolgadeutschen seien beseitigt. Die heutigen dortigen Einwohner seien gegen eine Autonomie, also muß man von dem Plan absehen. Man dürfe es doch nicht zulassen, daß zwischen den beiden Völkern Zwist auf nationaler Basis entbrenne. Man müsse einen anderen Ausweg suchen. Die schwärzesten Vorurteile gingen mit einem Schlag in Erfüllung. Jetzt erst sind wir wirklich heimlos. Jetzt erst sind wir wirklich einzelne Schollen auf dem breiten Felde des Sowjetstaates.

Wie kommt es, daß wir jahrzehntlang zusammen mit Russen, Kasachen, Tataren und anderen Völkerschaften lebten, arbeiteten und starben und nie — das geben alle zu — Zwist, Streit oder Unannehmlichkeiten aus nationalen Gründen hatten. Jetzt sind Ausschreitungen dieser Art seitens der Saratower Landbevölkerung und der Saratower Behörden derart rücksichtslos, daß man mit-

unter denkt: Wie kann es so etwas unter Sowjetmenschen überhaupt geben? Losungen, Reden, Zeitungsartikel, von Haß und Chauvinismus gespickt, gibt es nun massenweise. Reinsten Nationalhaß, der nicht über Nacht aus dem Finger gesaugt werden konnte. Aktionen, die nicht anders als staatsfeindlich genannt werden müssen, denn sie verstößen gegen die Grundgesetze unseres Staates. Sie schüren den National-

haß, Gewalttätigkeiten. Warum unternahm man nicht das Geringste gegen solche Ausschreitungen? Der Grund hierzu liegt viel tiefer, als man glaubt. Wäre man zu der Bevölkerung mit guten Reden gekommen, hätte man den Leuten die Sachlage erläutert und ihnen die daraus erwachsenden Vorteile vor Augen geführt, hätte es keinen Aufruhr gegeben. Denn ein gutes Wort findet immer einen guten Ohr. Doch wenn man sich die Sache gründlich überlegt und die Behandlung aller Probleme der Sowjetdeutschen vor Augen führt, kommt man unweigerlich zu der Überzeugung — und ich kam dazu —, daß man auf der höchsten Ebene unserer Machtorgane zu der Lösung unseres nationalen Problems von vornherein negativ gestimmt war. Es muß da Menschen gegeben haben, die sich von dem einen Prinzip leiten ließen: Deutscher — das heißt Feind. Davon ausgehend, wurde dann alles getan, um der erfolgreich laufenden Angelegenheit Knüttel in die Räder zu werfen. Kommissionen wurden gegründet, man verlor viele schöne Worte, pries die Arbeitstätigkeit der Deutschen, ihre Ehrlichkeit usw., nur um die Massen von der eigentlichen Lösung des Problems abzulenken. Vom Zentrum aus wurden die politisch rückständigen Elemente an der Basis (Saratow, Marx, Balzer u. a.) inspiriert und aufgestachelt, und jene waren froh, ihren Deutschenhaß auszuspülen.

Kein einziger der Radaumacher wurde zur Verantwortung gezogen oder auch nur zur Ordnung gerufen. Und es bleibt schließlich weiter nichts übrig, als anzunehmen: Die Ausschreitungen, die gesetzwidrigen, feindseligen, hysterischen Schreie paßten gerade denen in den Kram, die sich

auf der höheren Machtleiter befanden und heute noch befinden. Es überläuft einen eiskalt, wenn man sich das überlegt. Man spricht von Perestrojka, von der gründlichen Umgestaltung unserer Gesellschaft, ihrer Struktur, ihrer Lebensgrundsätze, und was ist in der Tat? Es wiederholt sich immer die alte Lese: Sprechen — eins, Handeln — das Gegenteil. Was steht uns nun bevor?

Nach den Worten Gorbatschows in Nischni Tagil am 25. April 1990 hat sich alles, was unser Problem so oder anders betrifft, grundsätzlich geändert. Zu Ende geht die Geschichte, die 1764 begonnen hat. Was bleibt, sind die massenhafte Aussiedlung nach dem Westen, die kläglichen Versuche, etwas Deutschtum hier zu bewahren. Jedoch schon die heute herangewachsene Generation wird die Muttersprache, die man ihr bietet, als Fremdsprache empfinden. Und doch gibt es noch viele Menschen, die Rußland, die Sowjetunion als ihre eigentliche Heimat betrachten. Mit vielen festen Fäden, ja Ketten sind wir mit diesem Land verflochten, verknüpft, verschwägert, verbunden!

Wahrhaftig: Wir stehen vor der alten Hütte und dem zersplitterten Wachtrog an deren Schwelle. Sie f i n d e r h a b e n wir uns oft schon selbst genannt, ohne den Sinn dieses Wortes richtig deutsch zu begreifen. Jetzt fühlen wir es um so schärfer an unserem Leib, an unserer Existenz, an unserem täglichen

Leben. Man sagt in Hussenbach (Kanton Frank) habe man eine Lösung angebracht: „Wann endlich werden alle Deutschen aus unserem Lande verjagt?“ Also da hinaus geht es! Wird uns schon die Tür gewiesen?

Es gibt in der Sowjetunion ehrliche, rechtschaffene Menschen, die die Wurzel des Übels kennen, die auch ab und zu ihre Stimme erheben, auch zu unseren Gunsten. Aber es sind ja viel zu wenig. Sie gehen unter in dem Chaos der Schiefligkeit, der Deuschahetze, des Nationalhasses. Unlängst sprach der politische Berichterstatter Vitali Kobysch im Fernsehen. Er schilderte die katastrophale wirtschaftliche und kulturelle Lage der Sowjetunion in den düstersten Farben. Was müssen wir tun, um dem abzuhelfen? fragte der kluge Mann. Und antwortete eindeutig: Vor allem müssen wir klüger werden. Das ist ein niederschmetterndes Urteil. Solange es aber so steht in dem großen Staat, was kann da ein kleines, gegebildetes, geachtetes Volk für sich und seine Existenz erwarten? Ein gelobtes Volk, ein Volk, das seine Tüchtigkeit wiederholt und in verschiedenen Situationen bewiesen hat, das auch dem großen Staat noch gute Dienste leisten könnte. Aber die Klugen, die Weisen, die Tüchtigen sind bereits fort oder gehen in den nächsten Tagen, hier bleiben diejenigen, denen Kobysch Urteil gilt.

Was tun? Diese Frage fiel von allen Seiten, bei allen Begegnungen. Verzweiflung war auf den Gesichtern zu lesen. Aber Verzweifeln liegt nicht in dem Charakter der Deutschen dieses Landes. Sie verzweifeln nicht, als man sie 1764—67 in die düren leblosen Steppen an der Wolga auslud und sie allen Unbild der Natur ausgesetzt waren. Sie verzweifeln nicht, als wilde Nomaden ihre mit Mühe und Not aufgetaute Hütten zerstörten, die Menschen quälten und in die Gefangenschaft schleppten, sie verzweifeln nicht, als alle — groß und klein, alt und jung — aus ihren wohlgestalteten Wohnungen gestoßen und wie Verbrecher in ferne Gegenden vertrieben wurden. Die Sowjetdeutschen wiegten bedenklich die Köpfe, besannen sich und begannen sich die Lage zu überlegen, wie sie schon so oft in ähnlicher Lage taten.

Was ist zu tun? Was können wir, angesichts einer solchen Lage?

Ich würde folgendes vorschlagen:

In nächster Zeit eine Konferenz von Vertretern der Sowjetdeutschen möglichst aus allen Gebieten, wo Sowjetdeutsche leben, einberufen und ernst und sachlich Maßnahmen zu erörtern, die zur Erhaltung unseres Deutschtums beitragen können.

Dazu gehören:

- die Bildung eines ständig funktionierenden Verwaltungsorgans, dem die administrative Macht, sowie die Überwachung und Organisation des Kulturlebens obliegen muß;
- die sofortige Inangriffnahme der Gründung einer deutschen pädagogischen Hochschule;
- wo immer möglich die Organisation deutscher Schulen, Klassen, Zirkel;
- die Belegung des Zeitungswesens und der Verlagstätigkeit;
- die ständige Bekundung und Pflege deutschen Geistes und deutscher Tätigkeit;
- die Aktivierung der Tätigkeit der Gesellschaft „Wiedergeburt“.

Dominik HOLLMANN,  
Schriftsteller

### Dem XXVIII. Parteitag der KPdSU entgegen

# Er geht mit eigenem Beispiel voran

Man rief Viktor Seewald aus dem Rayonpartei-Komitee an: „Du sollst auf der Bürovisiting-Rechenschaft ablegen.“

„Was ist denn los?“ fragte Viktor beunruhigt. „Den Plan erfüllen wir gut, auch die Produktion bauen wir aus.“

„Du sollst berichten, wie du den Rückstand überwinden hast. Und was hast du dir eben gedacht?“

„Woran er jetzt gedacht hat? Daß es nicht ganz leicht ist, auf der Bürovisiting-Rechenschaft abzulegen. Aber wenn es sein muß, wird er sich darauf vorbereiten. Sein Gewissen ist rein, es gibt keine Ursache fürs Tadeln. Früher war es ganz anders.“

„Früher...“ Er erinnerte sich gut daran, wie er mit dem ersten Sekretär des Rayonpartei-Komitees Sokolowka hierher im Rayonsondereragrarbetrieb „Sokolowski“ auf einem verschneiten Weg angekommen war. Als sich Viktor Seewald im Büro den Fachleuten vorstellte: „Ich bin zu Ihnen als Direktor geschickt worden“, hörte er das Ironische: „Herzlich willkommen, auf lange.“

„Fürs ganze Leben, wenn Sie mich nicht fortjagen“, meinte Seewald mit einem leisen Lächeln.

Er wußte gewiß, daß der Betrieb schon lange Pech mit ihren Leitern hatte. Der Sowchos, sagte man scherzend, lag gleich einem Schiff auf der Sandbank. Die Verluste beliefen sich auf anderthalb Millionen Rubel.

Viktor erinnerte sich auch an die erste Beratung, die er im Sowchos abhielt. Allgemein herrschte eine gewisse Unsicherheit, die meisten Leute schwiegen, manche Spezialisten wälzten den Mißerfolg auf objektive Bedingungen. Wurden die Milchtrüge kleiner, hatte der Mangel an Melkerinnen und Fütter Schuld daran. Fehlten gute Kader, war das auf die Wohnungsnot zurückzuführen. Der Kreis schloß sich, und der Ausweg aus der Sackgasse war nicht zu sehen.

Am nächsten Tag fiel Viktor beim Bekanntwerden mit dem Betrieb ein, daß es hier mehr als genug Arbeitskräfte gab, die im nichtproduktiven Bereich eingesetzt waren — allerlei Kontrolleure, Futterbeschaffer, Buchhalter usw.

Die Verschwendung ist besonders dort gefährlich, wo man sie durch die sogenannte „wirtschaftliche Notwendigkeit“ rechtfertigt. Jede Farm hatte mehrere Wächter und Futterbeschaffer, aber das Heu auf dem Feld blieb außer acht.

Seewald begann seine Tätigkeit im Sowchos mit der Kündigung von rund 15 Nachtwächtern, Futterbeschaffern, Lagerarbeitern, Speditoren usw. Die entlassenen Arbeitskräfte wurden bei Feldarbeiten eingesetzt.

Viktor leitete den Betrieb sicher und workarg. Die ersten Schritte waren schwierig.

Von seinem Leben erzählt Viktor kurz und ungenau. Er wurde 1946 in der Komi, geboren. Dort hin waren seine Eltern eingewiesen worden. Die Mutter wurde später mit dem vierjährigen Viktor ins Gebiet Omsk verbannt. Der Vater blieb im Lager zurück. Viktor beendete elf Klassen und begann als Kraftfahrer zu arbeiten. Nach den erfolgreich bestandenen Eintrittsprüfungen wurde er Student an der landwirtschaftlichen Hochschule Omsk. Nach deren Absolvierung arbeitete Viktor als Agronom, Brigadier, Sekretär einer Parteiorganisation. Er hat mehrere Posten hinter sich. Nun ist er Sowchosdirektor.

Schritt um Schritt organisierte er im Sowchos einen guten wirtschaftlichen Mechanismus und festigte die Arbeitsdisziplin seiner Untergebenen. Was Viktor selbst anbelangt, so kam er zum Entschluß: Solange auf den Farmen Mißwirtschaft herrscht, muß er stets da sein, wo das Schicksal des Sowchos entschieden wird.

Der Direktor hat eine besondere Tagesordnung: Bereits um sechs Uhr besucht er die Farmen, dann die Werkstätten. Punkt sieben Uhr hat er eine kurze, aber sachliche Beratung mit den Fachleuten, nachher fährt er auf die Felder, in die Brigaden und Farmen. Abends arbeitet er in seinem Büro mit einem Haufen Dokumente. So vergehen Wochen und Monate.

Seine Untergebenen orientieren sich unwillkürlich auf Viktor Seewald, auf seine Pünktlichkeit und Korrektheit. Im Betrieb bildete sich eine Mannschaft hochqualifizierter Spezialisten und Brigadiere heraus. Jetzt besteht hier auch schon ein Büro für technische Analyse. Gute Beziehungen wurden zwischen dem Sowchos und seinen Lieferanten, Kooperationspartnern, Auftragnehmern hergestellt. Der Betrieb kommt langsam, aber sicher hoch, und jetzt — bitte schön: „Du sollst Rechenschaft vor dem Büro ablegen.“

Der Rechenschaftsbericht des Sowchosdirektors Viktor Seewald war von Anfang an makellos. Anders konnte er auch nicht sein! Folgende Erfolge hat der Sowchos zur Zeit zu verzeichnen: Im vorigen Jahr erwirtschaftete er einanderthalb Millionen Rubel Reingewinn und Ende dieses Jahres wird er sich nach Schätzung der Fachleute auf zwei Millionen beziffern. Der Betrieb liefert anderthalbmal mehr Milch, als planmäßig, d. h. 13 600 Dezentonnen, Fleisch — 25 000 Dezentonnen. Es geht dem Sowchos in wirtschaftlicher Hinsicht nun gut. Anfänglich gab es Probleme mit Milch. Der Rinderbestand vergrößerte sich von 5 000 bis auf 11 000, aber die Milchträge in der größten Sowchosabteilung Nowaja Georgijewka wurden immer kleiner.

„Die Herde ist nun zu groß, es ist sehr schwer, sie zu bedienen“, rechtfertigte sich der Abteilungsleiter Michail Beldjugin. Doch im vertraulichen Gespräch mit den Viehzüchtern stellte es sich heraus, daß der Leiter seine Pflichten vernachlässigt und seine Arbeiter ausschließlich durch Schreien und Schimpfen anleitet. Der alte Abteilungsleiter wurde durch Raissa Alimbekowa, Absolventin der Zelinograd Landwirtschaftlichen Hochschule abgelöst, und die Lage mit den Milchtrügeren verbesserte sich zusehends.

„Ich halte diese Abteilung unter meiner persönlicher Kontrolle...“

Als Viktor diesen Satz zu Ende sprach, hörte er die Bemerkung eines Büromitglieds: „Wozu diese Überbelastung, Viktor, hast du etwa keine Stellvertreter? So kannst du dich überanstrengen und krank werden.“

Viktor wollte einwenden, nur so sollte ein Direktor heutzutage arbeiten, aber er sparte sich die Worte.

Ja, die Bemerkung war gerecht. Man muß auch bei den Untergebenen die Initiative entwickeln. Aber nach alter Gewohnheit wollte Viktor die Initiative selbst ergreifen, alle Sorgen auf seine Schultern nehmen. Der Sowchos wird größer, es ist immer schwerer, alles selbst zu kontrollieren. Daher auch die Müdigkeit und eine gewisse Nervosität.

Manche Fragen werden jedoch langsamer als es erwünscht wäre, gelöst. Nehmen wir z. B. die Arbeitsdisziplin: Die Zeit vergeht, aber die Anzahl der Verstöße gegen die Disziplin wird kaum kleiner. Der Direktor ist gezwungen, wieder und wieder Schuldige zu strafen. Vielleicht wäre es höchste Zeit, die Arbeits- und Letztzsmethoden zu überprüfen.

Dan dachte er auch nach über die Bürovisiting. Es ist nicht leicht, die Menschen anzuleiten. Der Sowchos hat jetzt erste Erfolge aufzuweisen, das Wohnungsproblem kann inzwischen in allen vier Abteilungen zur Lösung, alle Straßen und Zufahrtswege zu den Farmen wurden asphaltiert, etwa 20 Eigenheime werden jährlich gebaut, die Arbeit in den Farmen ist mechanisiert, die Sowchosarbeiter bekamen neue Kultureinrichtungen. Man braucht noch immer sein konkretes Eingreifen, die tägliche Kontrolle der Arbeit. Aber man muß auch den Menschen vertrauen. Ohnedies ist es unmöglich, die Arbeit auf den Farmen zu verbessern.

Viktor Seewald erinnerte sich während unseres Gesprächs daran, wie er Reinhold Kunau, den Leiter einer Traktorenbrigade, überredet hatte, Pächter zu werden. Reinhold war anfänglich unentschlüsselt. Seewald wußte gut: Wenn Kunau pachten würde, so werden es auch viele tun, denn Kunau genießt im Sowchos großes Ansehen. Der Direktor hatte recht: Reinhold Kunau pachtete sich 300 ha Land und verpflichtete sich, 300 Tonnen Futtermittel herzustellen. Im ersten Jahr erwirtschafteten die Pächter 55 000 Rubel Gewinn. Jedes der neun Mitglieder der Brigade verdient im Schnitt 682 Rubel monatlich. Es ist die beste Agitation.

„Ich war im Sowchos kurz nachdem Seewald zum Delegierten der XVII. Konferenz der KP Kasachstans gewählt worden war. Alle gratulierten ihm dazu, wünschten ihm, die Bauernbelange würdig zu verteidigen. Die erste Sekretärin des Rayonpartei-Komitees Sokolowka Maria Batajewa besuchte Viktor und überbrachte ihm ihre besten Glückwünsche. Sie erzählte mir: „Wir wollten mal Viktor Seewald zu einem Qualifikationslehrgang schicken. Die Leute im Sowchos erfuhren es und bombardierten uns mit Briefen, wo nur die eine Bitte stand: Lassen Sie uns bitte unseren Direktor! So mußten wir dem Wunsch der Sowchosarbeiter entgegenkommen.“

Alexander REISCH,  
Korrespondent  
der „Freundschaft“  
Gebiet Nordkasachstan

### Eine von der Bestenliste

# Arbeit ist ihres Lebens Würze

An jenem sonnigen Morgen, als Margarete mit ihren Kleinen das Haus verließ, um sie in den Kindergarten zu bringen, sah sie einen Taubenschwarm. Sie blieb für einen Augenblick stehen, sah den Vögeln zu und bewunderte sie.

„Guten Morgen und willkommen bei uns, Frau Nachbarin“, redete sie eine unbekannte ältere Frau aus dem gegenüber liegenden Haus an. „Sie sind zur rechten Zeit ins Dorf gekommen, wir brauchen im Sowchos sehr junge Menschen.“

Margarete erwiderte die Begrüßung und beiläufig sich. Sie mußte rechtzeitig auf die Farm, um ihren Arbeitstag in einem neuen Kollektiv zu beginnen.

Die Erinnerung versetzte sie aber in die durchlebte Zeit, in die Jahre ihrer Arbeit im Sowchos „Nikolajewski“ des Gebiets Ostkasachstan. Nach der Mittelschule ging Rita auf die Milchfarm der zweiten Abteilung des Sowchos. Dort arbeitete schon seit langem als Melkerin ihre älteste Schwester Coléstine. Rita, damals einen 17-jährigen Mädchen, vertraute man 35 Kühe an. Nun mußte sie eine Kuh zu Hause und eine ganze Gruppe hier melken. Natürlich half die ältere Schwester, wie sie nur konnte.

Bald darauf lernte das Mädchen auf der Farm einen hellblonden Burschen mit hellen Augen, den Zootechniker Alexander Deder kennen. Sascha lehrte sie beim Melken Hochleistungen erzielen, erläuterte, welche Futtersration für die trächtigen Tiere die effektivste ist. Bald entstand aus der rein geschäftlichen eine Liebesbeziehung. Sie gründeten eine Familie.

Den ganzen Tag verbrachte Margarete auf der Farm. Man mußte die Technologie der Milchproduktion von Grund aus ändern und im Kuhstall Tag- und Nachtdienst organisieren. So verliefen die Tage in Arbeit und Sorgen.

Als die Kinder zur Welt kamen, wurde es komplizierter. Eine Unterstützung waren ihr stets die Mutter und der Ehemann Sascha.

Bald darauf lud man Alexander zur Arbeit in den Sowchos „Wesselowski“ des Rayons Glubokoje, Gebiet Ostkasachstan, ein.

„Wie sind wohl die Leute dort?“ dachte Margarete. „Wie wird man mich aufnehmen.“

Die Menschen im Sowchos „Wesselowski“ waren wohlwollend. Rita begann wieder als Melkerin zu arbeiten. Den Menschen fielen in ihr sofort ihr Fleiß und ihre Herzlichkeit auf.

Als man auf einer Viehzüchtersammlung von einer neuen Organisation der Arbeit und vom Pachtvertrag zu sprechen begann, verhielten sich viele anfangs skeptisch zum Neuen. Die einen waren sich nicht sicher, anderen war das Wesen der neuen Organisation der Arbeit nicht ganz verständlich.

Die Viehzüchter der Milchfarm durchdachten gut ihre Pläne und kamen überein, zuerst einige Kälbergruppen in Pachtverhältnis aufzunehmen. Im Gespräch mit den Fachleuten sagte Margarete gerade heraus:

„Unsere Mädchen besitzen fast kein ökonomisches Wissen, deshalb finden sie sich in der neuen Arbeitsform schlecht zurecht.“

In allen Farmen begann man die Grundlagen der Ökonomie zu studieren. Jetzt ging auch die Gruppe, in der Margarete Deder tätig war, zur Vertragsarbeit über. Das Leben machte jeden Tag seine Korrekturen. Die Zwischendarbeit der Melkerinnen gefiel Margarete; diese war noch vor ihrer Ankunft eingeführt worden. Jetzt blieb ihr noch Zeit für Hausarbeiten und die Erziehung der Kinder übrig.

Die Pachtvertragsarbeit setzte sich immer mehr durch, obwohl

es unter neuen Bedingungen nicht leicht war.

„Zusammen mit Tatjana Muchina machte sich Margarete an die Bildung einer neuen Kuhgruppe. Die Freundinnen wechselten in die Abteilung für Hochleistungsmelken über. Das war keine leichte Arbeit. Margarete und Tatjana besaßen jedoch schon Erfahrungen. Bald kam die Arbeit in Gang.“

Unter Vertrag arbeitend, merkte sie, daß die Leute auf der Farm sich nun aktiver und strenger zur Sache verhielten und das Futter sparsamer verbrauchten. Auch die Arbeitsdisziplin verbesserte sich.

In jenem Jahr erzielte ihre Gruppe bis 3 004 Kilogramm Milch von jeder Futterkuh. Margarete beschloß, sich mit dem Erreichten nicht zufriedenzugeben. Im vergangenen Jahr machte der Milchtrug je Kuh schon 3 180 Kilogramm aus.

Unlängst wurde in ihrer Abteilung ein Typenstall für 200 Kühe in Betrieb genommen. Da gibt es einen geräumigen Melkraum, eine Milchleitung, eine Prophylaxeabteilung, das Entmisten ist mechanisiert, für die Viehzüchter sind Aufenthaltsräume eingerichtet. Nebenan wird noch ein Stall gebaut, die Rinderherde hat sich vergrößert.

„Unter solchen Bedingungen kann man an der Verbesserung der Tierleistung arbeiten und Kühe aufziehen, die bis 4 000 Kilogramm Milch geben“, sagt Margarete.

Als Mutter von drei Kindern fällt ihr auch viel Hausarbeit an. Die Kleinen sind herangewachsen. Serjoscha und Lilli gehen in die Schule, Lida — in den Kindergarten. In allem hilft Margarete ihr Mann Alexander, Zootechniker in der Sowchosabteilung Saretschenskoje, Friede und Eintracht herrschen in ihrem Haus.

Jewgeni BAGAJEW  
Gebiet Ostkasachstan



Vor 30 Jahren hatte Ganijatolla Rachimow den Schäferstab von seinem Vater übernommen und selbständig Schäferhunden zu weiden begonnen, die Familientradition fortsetzend. Einen wahrhaft kolossalen Erfolg erzielte der Viehzüchter im letzten Jahr 1971, als er 172 Lämmer von je 100 Mutterschafen erhielt. Seitdem er jährlich mindestens 150 Lämmer von je 100 Mutterschafen. Für seine hohen Arbeitsleistungen bekam der Meister der Viehzucht I. Klasse G. Rachimow die Orden der Oktoberrevolution und des Roten Arbeitsbanners verliehen.

Abschließend eine gute Nachricht, eine „Sujuschki“, wie es bei den Kasachen heißt: Eben ist ein Erlaß des Präsidenten der UdSSR über die Verleihung des Titels „Held der Sozialistischen Arbeit“ an die Mitarbeiter des Agrar-Industrie-Komplexes der Kasachischen SSR veröffentlicht worden, unter anderen auch an Ganijatolla Rachimow, Oberschäfer im Kolchos „Koktalski“, Rayon Makantschik, Gebiet Semipalatinsk. Die besten Glückwünsche!

Unser Bild: G. Rachimow, einer der besten Schäfer des Gebiets Semipalatinsk, Oberschäfer im Kolchos „Koktalski“.

Foto: KasTAG

### Unter neuen Bedingungen

Besondere Aufmerksamkeit wurde auf dem XXVIII. Parteitag der KP der Ukraine der Stärkung der staatlichen Souveränität der Ukraine geschenkt. Es wurde hervorgehoben, daß ohne diese Souveränität eine vollwertige politische, ökonomische, soziale und geistige Entwicklung der Republik unmöglich sei. Undenkbar

ohne diese Souveränität seien fernere die Bewahrung und ein weiterer Aufschwung der Kultur und der Sprache, eine Stärkung der nationalen Würde und der nationalen Eigenart des ukrainischen Volkes wie auch aller anderen nationalen Gruppen in der Republik. Die Rede war von der Notwendigkeit einer schnellen Erar-

bettung und des Abschusses eines neuen Untonsvertrages. In diesem müssen genau alle Machtbefugnisse und Bereiche der staatlichen Leitung formuliert sein, die die Ukraine freiwillig an die Zentrum abgibt. Die Souveränität der Ukraine muß verwirklicht werden, und das auch bei einem immer stärkeren Einfluß der Republik in das internationale Leben. (TASS)

# Neues Gemeinschaftsunternehmen

„MKM Telekom“ ist die Bezeichnung für ein neues sowjetisch-bundesdeutsches Gemeinschaftsunternehmen. Die Gründungspapiere wurden neulich in Moskau unterzeichnet. Zu den Gründerfirmen gehören Siemens, die Kiewer Industrievereinigung „Koroljow“ und das Zentrale Wissenschaftliche For-

schungsinstitut für Nachrichtenwesen des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen.

Ziel des Unternehmens ist die Sättigung des sowjetischen Marktes mit Fernsprechämtern. Der Produktionsumfang dieser Fernsprechämter ab 1996 wird es gestatten, pro Jahr drei Millionen neue Teilnehmeranschlüsse einzu-

richten. Die Basis der „MKM Telekom“-Produkte werden die Amter vom Typ SATS-2A sein. Sie werden im Forschungsinstitut für Nachrichtenwesen des Postministeriums entwickelt und besitzen eine ganze Reihe bedeutender Vorzüge im Vergleich zu ausländischen analogen Produkten. So sind sie beispielsweise

um 30 bis 40 Prozent billiger als alle, die heute auf der Welt existieren. Außerdem finden bei der Produktion dieser Fernsprechämter ausschließlich sowjetische Bauelemente Verwendung. Die Großserienfertigung der Fernsprechämter erfolgt in Betrieben der Kiewer Produktionsvereinigung. „MKM Telekom“ wird nach Erreichen des gesetzten Zieles, so schätzen es die Fachleute ein, einer der größten Produzenten von Kommunikationstechnik in der Welt. (TASS)

Freundschaft

Sowjetdeutsche: Blick in die Geschichte

Rußland und Deutschland

Ende des 11. Jahrhunderts gewinnt der Papst Hildebrandt an Übergewicht und das vor allem dadurch, daß er zu seinen Vorfahren die im Westen entstandene Bewegung, die erwähnten Kreuzzüge, nutzte. Die Kreuzzüge wurden von den Interessen ganz verschiedener Schichten der westeuropäischen Feudalgesellschaft inspiriert. Nach dem Osten strebte die Ritterschaft, die durch ihre Eroberungskriege neue Länder, neue Leibelggen gewannen, was ihnen zusätzliche Reichtümer einbrachte. Mit dem Osten waren auch die Hoffnungen der Handelsstädte verbunden, die bestrbt waren, die wichtigsten Handelswege in Besitz zu nehmen. Das Papsttum erblickte in den Kreuzzügen eine geeignete Gelegenheit, seine Autorität zu heben und den Osten seinem Einfluß zu unterziehen, sich von den hohen Gebühren, die von allen Seiten Europas in die Metropole flossen, bereichern zu können. Die deklassierten Elemente setzten auf die Kreuzzüge auch ihre Hoffnungen: Sie beabsichtigten, bei diesen Raubzügen ebenfalls einen guten Schnitt machen zu können. An der Übersiedlung in die östlichen Gebiete waren auch zahlreiche Bauernmassen interessiert, die das unsichere, durch Kriege und Feudalherren stets bedrohte Leben satt waren.

Es sei hier auch erwähnt, daß das Hinüberwachen der Natural- in die Ware-Geld-Wirtschaft eine soziale Umstrukturierung der Bauernwirtschaft, ja den Ruin vieler Bauernwirtschaften zur Folge hatte. In Mitteleuropa war die sogenannte innere Kolonisation bereits abgeschlossen, so daß auch deutsche Bauern in massenweisen Scharen nach Osten strebten, wo sie die Leibelggen, das sklavenähnliche Dasein loswerden konnten. „Mit dem Segen der Irdischen und der überirdischen Mächte ließen sich auch Luftschlösser bauen, deren Ergebnis dann allerdings oft nur Lehmhütten waren.“

In Wirklichkeit galt es, Sumpf und Moorböden urbar zu machen, Ödland umzugraben und Wälder zu roden. „In Ostland wollen wir reiten, hingehn ins östliche Land. All über die grüne Heide, da ist ein besseres Städtchen, hieß es in einem von den flämischen Bauern Brabants im 12. Jahrhundert gesungenen Auswanderungslied. Diese Zeilen besagen deutlich, daß eben die Hoffnung auf einen besseren Stand im Osten, also die sozialen Schwierigkeiten zu Hause, die Triebkraft der Umsiedlung gewesen waren.“

Zahlreiche Bauern hofften nun, ihre Lebenslage verbessern zu können, verließen ihre Dörfer und zogen nach Osten. Es waren Flamen, Lothringer, Niederländer, Wallonen, Franken, Sachsen, Thüringer und Bayern, die in die ostelbigen Gebiete auswanderten. Den größten Anteil an den Osteroberungen hatte im 12. Jahrhundert Sachsen und im 13. die Mark Brandenburg.

Der Wendekreuzzug von 1147, der mit seiner „wenig christlichen“, eher barbarischen Lösung „Wer sich nicht taufen lassen will, soll sterben“, gehört zu dem unrühmlichsten, „zivilisatorischen“ Werk der Kirche, während der das slawische Volk der Wenden mittels Blut und Feuer christianisiert wurde.

Wenn bis zur Mitte des 12. Jahrhunderts die Auswanderung aus den deutschen Ländern das Werk von Kaisern und Bischöfen gewesen war, so wurde es ab dem 12. Jahrhundert von den deutschen Grundherren der Grenzgebiete, ja selbst von einigen slawischen Fürsten gefördert.

Die Hauptursache dieses mit elementarem Gewalt erfolgenden Ausstromens deutscher Volkskraft nach dem Osten war die Überbevölkerung des Mutterlandes. Alle einigermaßen fruchtbaren und lohnenden Ertrag verheißenden Landstriche im inneren Deutschland waren dicht besiedelt. In vielen Gegenden gab es mehr Dörfer als in unseren Tagen“ schreibt Dr. Viktor Hanzsch (1907). „Ein unabwiesbares Bedürfnis nach räumlicher Ausbreitung machte sich geltend. Deshalb schlug der Ruf nach dem Osten wie ein zündender Blitz in die eng zusammengedrängten Massen und trieb sie dem Sonnenanfang entgegen. Zwei Hauptrichtungen dieser gewaltigen mittelalterlichen Kolonisationsbewe-

gung treten deutlich hervor. Der eine Strom überschreitet die Elbe und erfüllt allmählich die östlichen Provinzen... bis weit nach Polen und Rußland hinein, der andere folgt dem Laufe der Donau bis in ihr Mündungsgebiet. Man kann danach eine nordöstliche und eine südöstliche Wanderung unterscheiden.“

Wie wir schon erwähnt hatten, verlief die Ostsiedlung auch auf friedliche Art. So wurden deutsche Siedler von den polnischen Teilfürsten in ihre Länder gerufen, um dadurch die Wirtschaftsverhältnisse beleben zu lassen. So in Schlesien zum Beispiel und in Mecklenburg. Einige kleinere slawische Stämme (in Brandenburg und in Pommern) zogen den deutschen „Einfluß“ dem polnischen vor und fügten sich freiwillig der Oberherrschaft der Germanen. Die zahlreichen Tochterklöster im osteuropäischen Raum, die ihre Missionstätigkeit unter der heidnischen Bevölkerung nicht ohne Erfolg betrieben, wurden ganz bald zu wesentlichen Stützpunkten der friedlichen Kolonisierung der benachbarten slawischen und anderen Stämme. Es ist ja schier bekannt, daß nationale Unterschiede in jener Zeit keine dominierende Rolle spielten. Die einigende Kraft war eben die Religion.

Schritt für Schritt drangen die deutschen Grundherren immer tiefer in den osteuropäischen Raum hinein. Sie führten Scharen von mittellose Bauern und Handwerker mit, an denen es im überbevölkerten Deutschland keinen Mangel gab. Sie schickten dann ihre Werber in die westlichen Teile des deutschen Reiches, diesem Beispiel folgten auch slawische Grundbesitzer, um weitere Siedler für die Urbarmachung ihrer Ländereien anzuwerben. Erbrecht, fixierter Zins, eigenes Gericht und andere Vergünstigungen förderten die Einwanderung. Auch gelehrte Fach- und Kaufleute wurden gemäß dem fortschreitenden Ausbau des Landes und der Entwicklung der neugegründeten Städte ganz bald sehr gefragt.

Mit dem 13. Jahrhundert beginnt die deutsche Ostexpansion des baltischen Raumes, deren Urvater in ihrer Mehrheit den russischen Teilfürsten tributpflichtig waren. Ende des Jahres 1199 trat der katholische Kirchenleut Albert von Appeldern sein Amt des „Bischofs von Livland“ an. Etwas über ein Jahr danach (1201) gründete er die Stadt Riga als Stützpunkt seiner Missionstätigkeit unter den Litauern, Liven und Esten.

Gleichzeitig bekam eine neue Orientierung im Glaubenskampf der in Italien seßhafte Kreuzritterorden. Kaiser Friedrich II. setzte den Orden 1211 im heute rumänischen Karpatengebiet, gemäß dem Einverständnis von König Andreas II. in dem sog. Burzenland gegen die „häretischen“ Kumanen ein. Die Kreuzritter gründeten etliche Burgen und Wehrsiedlungen, darunter Kronstadt, eines der wenig erhalten gebliebenen Zentren des deutschen Lebens im heutigen Rumänien.

Die ersten Kolonisationsräume in Pannonien, dem Gebiet des heutigen Rumäniens, waren die Umgebung von Weßenburg und Barabant. Anzunehmen ist, daß die ersten Siedler aus Westeuropa, die nicht nur Deutsche waren, Anfang des 11. Jahrhunderts eingewandert sind. Zu Beginn des 13. Jahrhunderts beginnt die zweite Welle der Einwanderung. Da das dem Ritterorden verliehene Gebiet zu umfangreich war, um es allein mit Mitgliedern des Ordens besiedeln zu können, riefen die Ordensführer Bauern ins Land. Diese legten einige Dörfer an, von denen sich fünf nachweisen, jedoch nicht lokalisieren lassen: in Sarca Ultrasivae (Schirkaen), Aqua calida, Dubucha (Dopca), Cormosbach, Venetta und Debran. Dies geht nach Th. Nägler aus einer Urkunde hervor, die aus dem Jahre 1235 stammt.<sup>2)</sup>

Und wenn auch die Südostkolonisation und die Christianisierung um diese Zeit Hand in Hand gingen, waren dabei dennoch die sozialen Ursachen, wie wir schon bewiesen konnten, ausschlaggebend. Der ungarische König wies jedoch die zu eifrigen „Missionäre“ bald darauf (1125) aus, da es ihnen in erster Linie um die Katholisierung und nicht um die Verteidigung der Landesgrenzen gegen die häufig einfallenden Nomaden ging, sowie um die Schaffung einer nur dem Papst unterstellten Eigenstaatlichkeit, so daß das Baltikum für den Or-

den nun zum geeigneten Betätigungsfeld zu werden schien. Mit tatkräftiger Unterstützung und Waffenhilfe König Przemysl Ottokars II. von Böhmen im Kampf gegen die heidnischen Pruzen schufen sich die Kreuzritter eine neue Residenz im Norden des polnischen Besitztums, die sie zu Ehren Ottokars Königsberg benannten.

Inzwischen hatte sich auch der 1202 gegründeten Schwertbrüderorden — eine Kampfgenossenschaft aus deutschen Rittern und „Kreuzfahrern“, mit Hilfe des dänischen Königs die heidnischen Stämme der Letten, Kuren, Liven, Esten und Semgaller unterworfen, so daß sich als Folge ein weiter Raum für Kolonisationswerke öffnete.

Die Art und Weise, nach der sich die Einwanderung nach den Ostseeprovinzen entwickelte, hat nur wenig Gemeinsames mit der späteren Besiedlung der Steppengebiete Rußlands an der Wolga und im Schwarzmeergebiet, wofür strebsame, tüchtige Landwirte geeignet waren.

Es gehörte nicht viel Unternehmungsgestalt dazu, schreibt der Historiker, um in Litauen, etliche Meilen weiter über die Grenze zu ziehen und sich unter ganz ähnlichen Naturverhältnissen niederzulassen. Der Autor bestreitet keineswegs die „achtenswerte wirtschaftliche Tüchtigkeit“ der deutschen Anstiedler, jedoch „der wagemutige Kolonistengeist, verbunden mit einem starken Soldatentum“, wie oft bei denen beobachtet wird, die in weitentfernte unbekannte Länder auszuwandern, dürfte den nach Litauen Eingewanderten in der Regel gefehlt haben.“ schreibt der Autor.<sup>3)</sup>

Im Jahr 1236 erlebte der Schwertbrüderorden in einem Kampf gegen die Litauer eine vernichtende Niederlage. Ein Jahr danach vereinigten sich die einzelnen Truppen der Schwertbrüder mit dem Deutschen Orden, der seinen Einfluß bald auf Kurland, Estland und Livland ausbreitete und den vom Papsttum gesegneten Ordensstaat gründete. 1240 beginnt die „Speerspitze“ des Papsttums, der Deutsche Orden, den Angriff gegen das orthodoxe Nowgorod. Am 15. Juli 1240 schlug das Nowgoroder Heer mit Alexander Jaroslawitsch, dem Sohn des Herrschers von Wladimir-Susdal, an der Spitze die von Fürst Birger geführten schwedischen Truppen an der Newa, wonach er den Ehrennamen Newski erhielt. Etwa zwei Jahre später zogen die Deutschen und die Dänen gegen Nowgorod aus. Die Schlacht, die auf dem Eis des Peipussees stattfand, endete mit völliger Niederlage der Ritter des Deutschen Ordens. Der Versuch, die Russen zum katholischen Glauben zu bekehren, war gescheitert.

Die Kolonisierung des Ostrumes dauerte jedoch an. Weitere Kolonisten trafen im Baltikum ein, meist Adlige und Bürger, dagegen nur wenige Bauern umfassend, die sich im Raum bis zum Peipussee und zum Finnischen Meerbusen ansiedelten. „Hier im Norden rodeten die Deutschen die Ureinwohner nicht aus, 1320 erwarb der Orden ganz Pommern mit Danzig, 1346 ganz Estland, 1402 die brandenburgische Neumark. Überall setzte er deutsche Siedler an. Viele von ihnen zogen noch weiter nach Osten und Norden nach Polen, Litauen, Wolhynien, Finnland und Schweden... So bedeckte sich bis ins 14. Jahrhundert hinein nicht nur der germanische Osten, sondern auch Böhmen, Ungarn, Polen und Litauen mit einem Netz deutscher Städte, die fast alle längere Zeit in Blüte standen.“<sup>4)</sup>

In diesen Neugründungen wurde dann auch deutsches Stadtrecht eingeführt, das den Bürgern mehr Freiheiten sicherte als in ihrer slawischen Umwelt.“ Der Historiker verweist darauf, daß die östliche Stadt, in der deutsches Recht gesprochen wurde, Kiew gewesen war.<sup>5)</sup>

- Klaus-Dieter Schulz-Vobach, Die Deutschen im Osten, Vom Balkan bis Sibirien, Hamburg 1989, S. 33.
- Th. Nägler, Die Ansiedlung der Siebenbürger Sachsen. In: Geschichte der Deutschen auf dem Gebiet Rumäniens, Erster Band, Bukarest 1979, S. 30.
- Siehe: Die Deutschen in Litauen von Dr. Rudolf Heberle, Stuttgart 1927, S. 141.
- Weltgeschichte, Bd. 9, Leipzig und Wien 1907, S. 222, 226.
- Klaus-Dieter Schulz-Vobach, Die Deutschen im Osten... S. 34.

Einer von denen, der die mehrtausendköpfige Formation der Kommunisten der Newstadt auf dem XXVIII. Parteitag der KPdSU vertritt, ist Wladimir Grigorjew (im Bild), Fahrer in der Produktionsvereinigung für internationale Gütertransporte „Sowawio-Leningrad“. Als Fahrer 1. Klasse bedient er die Linie „Moskau — Helsinki“. Grigorjew war der erste, der die einzigartige Technik aus dem befreundeten Finnland in den Havarienbereich des Atomkraftwerkes Tschernobyl brachte. Zum XXVIII. Parteitag wurde Wladimir von den Parteioptionen der Transportbetriebe des Moskauer Stadtbezirks von Leningrad delegiert. Schon bei der ersten Wahlrunde erhielt er über 90 Prozent der Stimmen. Ein Mitglied des Bezirksparteikomitees und des Parteikomitees der Vereinigung, tritt Wladimir für die Konsolidierung der Kommunisten des Landes ein.

Foto: TASS

PANORAMA USA erörtert Wirtschaftshilfe für die UdSSR

Das Weiße Haus bereitet eine Entscheidung darüber vor, ob und wie sich die USA an einem Paket wirtschaftlicher Hilfe für die Sowjetunion in einem Gesamtumfang von rund 20 Milliarden Dollar beteiligen. Vorstöße von Frankreichs Präsidenten François Mitterrand und BRD-Kanzler Helmut Kohl haben Washington in Zugzwang gebracht. Präsident George Bush beauftragte deshalb den nationalen Sicherheitsrat unter Brent Scowcroft, die Antwort bis zum Beginn des Wirtschaftsjahrs der westlichen Industriestaaten am 9. Juli in Houston (Texas) vorzubereiten.

Regierungserklärung zum Staatsvertrag

Mit dem eindringlichen Appell an alle Abgeordneten des Bundestages, dem Staatsvertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zuzustimmen, hat Bundeskanzler Helmut Kohl am Donnerstag die abschließende Beratung des Staatsvertrags mit der DDR eingeleitet. In seiner Regierungserklärung, sagte Kohl, der Vertrag wende den Weg zur deutschen Einheit, und wer diese Wegweisung nicht akzeptiere, der wolle den Weg zur Einheit nicht. „Wer den Staatsvertrag ablehnt, stößt unsere Landsleute in der DDR zurück. Er stellt zum Miteinander, zur nationalen Solidarität in Frage“, sagte der Kanzler. Ein Hinauszögern des Staatsvertrages, „hätte den sofortigen Zusammenbruch der DDR bedeutet“.

Zu der Frage der Oder-Neiße-Grenze, die Bundestag und Volkskammer in einer Entschlebung als endgültig anerkennen wollen, meinte Kohl: „Wir stehen heute vor einer ganz klaren Wahl: Entweder wir bestätigen die bestehende Grenze oder wir versperren unsere Chance zur Einheit“. Die Botschaft an Polen, so der Kanzler, sei „unmissverständlich“. Die Grenze Polens zu Deutschland, so wie sie heute verläuft, ist endgültig. Dies werde nach der Vereinigung Deutschlands in einem Vertrag mit Polen völkerrechtlich verbindlich bekräftigt werden.

Auf die äußeren Aspekte des deutschen Einigungsprozesses eingegangen, bezeichnete es Kohl als eine der größten Herausforderungen der kommenden Jahre, „die Sowjetunion mehr und mehr in die Gestaltung der europäischen Zukunft einzubeziehen“. Politisch in Fragen der Sicherheit, ökonomisch und kulturell. „Eine politische Schlüsselaufgabe“ ist es nach den Worten des Bundeskanzlers, in einer „gemeinsamen Willenserklärung“ der NATO-Verbündeten das Verhältnis zu den Staaten des Warschauer Paktes, zukunftsgerichtet zu gestalten und einem gesamteuropäischen Gewaltverzicht den Weg zu bereiten.“ Deshalb habe er vorgeschlagen, daß die Mitglieder beider Bündnisysteme im KSZE-Rahmen einen Nichtangriffspakt erwägen sollten. Ein solcher Vertrag sollte dann allen anderen KSZE-Teilnehmern zum Beitritt offen stehen.

her noch nicht festgelegt. Wie die „Washington Post“ berichtet, gehen westeuropäische Regierungskreise jedoch davon aus, daß das Weiße Haus seinen Widerstand gegen Regierungskredite an Moskau bereits aufgegeben hat.

Aus der Umgebung des nationalen Sicherheitsrats verlautete unterdessen, man rechne damit, daß in Houston mit oder ohne Zutun der Vereinigten Staaten ein Prozeß westlicher Lebensmitteln und Kredithilfe für die UdSSR noch für dieses Jahr in Gang gesetzt wird. Würden sich die USA herauhalten, wärnten vom Rat gehörte Experten, könn-

ten zu wenig Bedingungen an diese Hilfe geknüpft werden. Die Führungsrolle Washingtons bei einer westlichen Initiative solcher Dimension müsse unbedingt gesichert werden.

Das Weiße Haus sieht sich bei seiner Entscheidungsfindung einflußreichen Kräften im Kongreß gegenüber, die jegliche Hilfe an die Sowjetunion von weitreichenden politischen Zugeständnissen abhängig machen wollen. Auf einem anderen Flügel des politischen Spektrums wird größere Flexibilität befürwortet, mit der man unter anderem sowjetische Zustimmung zur Einbeziehung ganz Deutschlands in die NATO zu erkaufen gedenkt. Wirtschaft-

liches Chaos in der UdSSR und seine Folgen, so wird argumentiert, könnten negative Auswirkungen auf den gesamten Reformprozeß in Osteuropa haben.

In der USA-Administration selbst ist laut „Wall Street Journal“ von drei Grundbedingungen die Rede, die Moskau erfüllen müsse, ehe Dollars fließen könnten: 1. Die Wirtschaftsreform muß zu einer wirklichen Marktwirtschaft führen, der westliche Hilfe direkt zugute kommt. 2. Die Sowjetunion soll sich verpflichten, ihre Unterstützung für militante Verbündete, vor allem Kuba, einzustellen. 3. Die ökonomischen Maßnahmen Moskaus gegen Litauen sind zu beenden.

Hinsichtlich der Lebensmittelhilfe für die Sowjetunion wurde in Washington der Gedanke ins Spiel gebracht, den Transport dieser Güter durch westliche Flugzeuge und Lastkraftwagen zu bewerkstelligen, um die Verluste so gering wie möglich zu halten.

Prinzenhochzeit ist Japans Sommerereignis

Märchen werden selbst im sachlichen Japan wahr und die fernöstliche Mädchenwelt seufzt hingerissen, Prinz Aya, der zweite Sohn des Kaisers von Japan, heiratet am 29. Juni seine bürgerliche Kommilitonin Kiko Kawashima. Für das „Ereignis dieses Sommers“ lieferten alle Zeitungen bereits die Details. Enthüllt wurde auch, was das Brautpaar anziehen wird. Allerdings ist das keine Sensation, denn Japans Majestäten heiraten bereits seit dem 9. Jahrhundert in traditionellen Roben. Der 24jährige Prinz Aya erscheint also im schwarzen Kimono der Shintopriester, die ein Jahr jüngere Kiko in einem weiß-irismeligen Seldenkimono, aus zwölf verschiedenen Schichten.

Die vierstägigen Feierlichkeiten mit vielen festgeschriebenen Zeremonien werden nach tausendjährigem Vorbild verlaufen. Die Kaiserkinder verneigen sich vor dem Altar der Sonnengöttin Amaterasu, die der Sage nach als Begründerin des Herrscherhauses gilt, und geben das Ehegelübde ab. Von Kaiser-Anwärter Akihito — er bestieg im November den Tenno-Thron — erhält das Prinzenpaar einen neuen Namen und die Braut eine kostbare Krone, die sie in den Adelstand erhebt. Damit ist das Paar vermählt und die exakt vorgeschriebenen Besuche heiliger Stätten, Treffen, Essen und Reden beginnen.

So oder ähnlich heirateten sich seit mehreren Tausend Jahren alle Kaiserkinder. Spektakulär war allein die Hochzeit des jetzigen Kaisers Akihito, der als Kronprinz zum ersten Mal eine bürgerliche heiratete — die Tochter eines der reichsten japanischen Unternehmer. Aya und Kiko bereichern die Trauungsgeschichte des Hofes um ein weiteres Novum — sie werden auf Hochzeitstour gehen und auch noch ins Ausland, das Ziel heißt Thailand. Finanziell muß sich das Paar selbstredend keine Sorgen machen. Der kaiserliche Wirtschaftsrat unter Vorsitz von Premierminister Kaifu hat bereits die Summen beschlossen, mit denen der Prinz in der Lage sein wird, einen eigenen kaiserlichen Hausstand zu gründen — rund 700 000 D-Mark erhalten die Eheleute als Erstausrüstung. Ihre jährliche Apanage wurde auf 350 000 DM festgelegt.

Japans Mädchen übrigens können weiter von Prinzen träumen. Der ältere Bruder Aya's — der Kronprinz Japans — ist noch ledig und hat nach offiziellen Statements auch keine Freundin.



Mit Liebe zu den Tieren

Die jährlichen Hundeschauen in Melbourne sind in Australien sehr beliebt.

Unser Bild: Eine zehnmönatige Dänische Dogge und ein fünfjähriger Malteser Terrier.

Foto: TASS

Die Auswahl „Panorama“ wurde aus den Materialien der TASS und ADN vorbereitet.



Diebstähle in den Supermärkten ist eine ziemlich verbreitete Erscheinung in den USA, wie übrigens auch in anderen Ländern. Dennoch haben die amerikanischen Geschäftsbesitzer eine reiche Phantasie... Ein Beispiel dafür ist die Administration eines großen Lebensmittelgeschäfts in Dallas, die recht witzig handelte, indem sie zur Bekämpfung kleiner und auch erfahrener Diebe im ganzen Geschäft aus Papp gefertigte Polizisten aufstellte. An den Füßen jedes solchen Wächters steht ein Schild mit der Warnung: „Ladendiebstahl ist ein Verbrechen.“ Zweifellost ist diese Erfindung witzig und billig. Ob aber auch effektiv? Der Ladenbesitzer behauptet: „Ja! Dem Blick des Polizisten begegnend, wird der Dieb unbedingt nachdenklich. Also wirkt unsere Maßnahme und hilft auch.“

Foto: TASS

Pugwash schlägt neuen Marshall-Plan vor

Für einen neuen Marshall-Plan zur Lösung der Schuldenfrage der Länder Ost- und Mitteleuropa haben sich die Teilnehmer der 57. Pugwash-Konferenz in Krakow ausgesprochen. In einem Schlussrapport der Beratungen heißt es, daß der Plan aus dem USA-Staatshaushalt finanziert werden könnte, berichten polnische Zeitungen. Aus dem Etat sollten jährlich drei Prozent, was einer Summe von 120 bis 150 Mrd. Dollar entspricht, für die Rekonstruktion der Volkswirtschaften eingesetzt werden. Angesichts der abnehmenden Bereitschaft privater Banken zu Krediten an Staaten dieser Region sollten auch der IWF und die Weltbank diesen Ländern bei der Beutigung

ihrer Schuldenlast stärker helfen. Wie die Konferenz einschätzte, wird die wachsende internationale Verschuldung zu einer immer größeren Belastung für die Volkswirtschaften der Schuldnerländer. Diese stagnierten in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung, weil Investitionskapital zur Schuldentilgung abgeben werden muß. Deutlich verschlechtert hätten sich auch die äußeren Bedingungen der Schuldentilgung. Die Lösung des Problems der internationalen Verschuldung im globalen Maßstab erfordert nach Ansicht der Pugwash-Konferenz vor allem eine drastische Reduzierung des realen Zinsfußes sowie die Schaffung von mehr Exportmöglichkeiten für die Schuldnerländer auf Märkte der Gläubigerstaaten.

Ein Leben als Gast

Nach den Worten von Abu Khaled ist die Hälfte seines Lebens nur ein Provisorium gewesen. „Meine Heimat ist Palästina. In Hebron bin ich vor 55 Jahren zur Welt gekommen, und dort will ich auch sterben.“ Der würdevoll aussehende Mann mit der schwarz-weiß gewürfelten Kufija der Palästinenser auf dem Kopf hat nach dem Nahostkrieg von 1967 in Baqaa Zuflucht gefunden. Ein Zuhause ist ihm das größte Palästinenserlager in Jordanien aber nie geworden, er fühlt sich nach wie vor als Gast.

So wie Abu Khaled äußern sich dieser Tage viele Bewohner des Camps, so auch die acht, neun jungen Männer, die auf einer Baustelle arbeiten. Die Jungen sind kompromißlos, radikal als der Alte. „Wir wollten endlich mit der Waffe um unsere Heimat kämpfen“, meint ihr Wortführer. „Die arabischen Staaten sollen die Grenzen öffnen, dann holen wir uns unsere Rechte schon zurück. Das ganze Gerede von Dialog hat doch nichts gebracht.“ So wie Hassan, der Mittzwanziger, vertreten immer mehr palästinensische Jugendliche — vor allem in den Camps — militante, illusorische Ansichten. Ausbleibende Verhandlungsfortschritte zur Entwirrung des Nahostknotens lassen die Zeltbombe der Radikalisierung ticken. Hassan meint, alle in der Runde fühlen sich wieder an die PLO noch an andere palästinensische Organisationen gebunden, auch nicht an die islamischen Fundamentalisten. „Aber wir sind Moslems, und zu unserem Bekenntnis gehört die Bereitschaft zum Märtyrertod.“ Die jungen Leute haben sich mit Abu Khaled zu einer Nothilfebrigade zusammengesetzt. Sie bauen im Lager drei Häuser wieder auf, die am 22. Mal von Panzerwagen der jordanischen Sicher-

heitstruppen niedergewalzt worden waren.

An jenem Tag stand Baqaa am Rande einer Tragödie mit unabsehbaren Folgen. Ein Amokläufer in israelischer Armeuniform hatte in Rischon Letzion bei Tel Aviv acht Palästinenser erschossen. Im Camp hängten die Bewohner schwarze Fahnen heraus, viele versammelten sich zu Protestzügen. Das „Volkskomitee zur Unterstützung der Intifada“, das die wichtigsten PLO-Gruppen und geachtete unabhängige Vereine, versuchte, den Ausbruch des Zorns unter Kontrolle zu halten. Zwei seiner Mitglieder, Abu Kifah und Abu Shadi, erzählen, wie sie am Tag nach der Bluttat dreißig- bis vierzigtausend Demonstranten ins Stadion des Lagers führten und mit Erfolg zur Disziplin aufriefen.

Die Moslembrüder hätten daraufhin einen Marsch organisiert, mit etwa fünftausend Teilnehmern. Am Nachmittag seien dann 50 000 Lagerbewohner zum Stadion und auf die Hauptstraße gezogen. Einige „verdächtige Elemente“ hätten schließlich Jugendliche aufgepuscht, die jordanische Polizei stationiert im Camp mit Steinen anzugreifen — Abu Kifah vermutet eine Provokation. Zum Glück habe der Polizist besonnen reagiert und nicht schießen lassen. Am Abend aber seien Sicherheitskräfte mit Feuerwaffen und Tränengas gegen Demonstranten vorgegangen.

Die palästinensischen Gesprächspartner werfen einigen jordanischen Offizieren ein nicht gerechtfertigtes überhartes Reagieren auf die Protestmärsche vor. Respekt zollen sie dagegen einer Delegation des Abgeordnetenhauses unter Leitung von Parlamentspräsident Suleiman Arar, die kurz nach dem Höhepunkt der

Auseinandersetzungen nach Baqaa kam und den Abzug der Bewaffneten, die Behandlung der Verletzten auf Staatskosten, den Stopp von Verhaftungen sowie Ermittlungen gegen einzelne Sicherheitsbeamte zusagte.

Zwar ist im Lager wieder relative Ruhe eingetreten, aber beim Gang durch die tristen Zellen graugelber, höchstens zweistöckiger Häuser wird klar: Baqaa bleibt ein Pulverfaß. An vielen Ecken hocken auch am Vormittag gruppenweise junge Männer. Die Arbeitslosenquote im Camp liegt bei mindestens 20 Prozent. Aber auch hier taugt das Klischee vom durchweg armen Flüchtling nicht: Großhändler; Angestellte der UNO-Hilfsorganisation UNRWA, Bauern mit größerem Besitz im Um- und Ausland haben ein gutes Auskommen. Auch kleine Ladenbesitzer, Handwerker, Staatsbeamte kommen einigermaßen zurecht. Etwa die Hälfte der 75 000 Bewohner ist wirklich arm: Gelegenheitsarbeiter und Arbeitslose, Studenten, Waisen.

Immer wieder muß der Besucher den mißtrauischen dreinblickenden Lagerbewohnern versichern, daß er kein Amerikaner ist. Die USA haben in Baqaa einen denkbar schlechten Ruf — wegen einer Politik, die viele Palästinenser als einseitige Unterstützung Israels im Nahen Osten verstehen. Auf dem Hof der UNRWA-Schule bestimmen den Gast dreißig, vierzig Jungen. Von irgendwoher fliegt auch ein Stein, sehr zum Ärger des Lehrers. Darin spiegelt sich das Lagerleben wider, meint der Pädagoge. Viele Kinder werden aggressiv. Die UNRWA kann alle Kindern des Camps eine recht ordentliche Bildung bieten, Normalität vermitteln kann sie nicht.



Foto: TASS

Deutsch-sowjetische Freundschaft weiter in Aktion

Trotz der starken gesellschaftlichen Veränderungen in der DDR wurde im Kreis Quedlinburg im Monat Mai eine vielseitige Arbeit seitens der Freundschaftsgesellschaft zur Würdigung des 45. Jahrestags der Befreiung unseres Volkes vom Hitlerfaschismus geleistet. Der Kreis-



Der Musik ergeben

Immer mehr neue Folkloregruppen entstehen im Gebiet Zelinograd, die unter der Bevölkerung Liebe und Anerkennung finden. Die Säte, wo die Laien-

kenden Freizeitkollektive inhalts- und abwechslungsreich sind. Auf unseren Bildern: Es singt die Kapelle des koreanischen Kultur-

Fotos: Jürgen Osterle



Für eine gesunde Lebensweise

Chemiker spielen Schach

Fünf Tage lang wurde im Kustanaler Kulturhaus „Chimik“ die Meisterschaft im Schach ausgetragen. Daran beteiligten sich sieben Mannschaften aus den Betrieben der Hauptverwaltung für Landmaschinenbau des „Gosagroprom“ der Kasachischen SSR.

gut eingespielte Mannschaft aus dem Maschinenreparaturbetrieb Sairam. Sie sammelte die größte Punktzahl — 15. Diese Mannschaft hat damit auch den Wanderpokal gewonnen. Den zweiten Platz belegte der vorjährige Sieger — die Mannschaft aus dem Maschinenreparaturbetrieb Uralak. Sie sammelte einen Punkt weniger. Ihr folgten die Schachspieler aus Kokschetaw.

Dmitri KOMLIK Kustanal

Sport wird großgeschrieben

Unlängst wurde in der Stadt Chromtau, Gebiet Aktjubsinsk, ein zwischenstädtisches Volleyballturnier ausgetragen. Daran nahmen fünf Mannschaften aus den Städten Alga und Batamschinsk sowie drei Gastgebemannschaften teil. Als Preis wurde eine Summe von 900 Rubel ausgeschrieben. Auf den 1. Platz standen 500 Rubel, den zweiten 300 und auf den dritten 100 Rubel. Die Mannschaft aus Batamschinsk war durch die Sportler der Bergbauverwaltung vertreten.

Die Initiative war auf der Seite derer aus Batamschinsk. Davon zeugt das Ergebnis 3:0. Ihr zweites Treffen mit der Mannschaft „Chimik“ aus Alga endete 3:2. Ohne Niederlage trat die Mannschaft aus Donskoje auf. Ihr wurde dann auch der erste Preis — die 500 Rubel — zuerkannt. Die Batamschinsker kamen auf den 2. Platz. Den dritten Preis erhielt die Mannschaft „Chimik“. In der Mannschaft aus Batamschinsk spielten Franz Schell, Michael Dribas, Alexander Zener, Viktor Schampijew, Anatol Regehr, Woldemar Schaueranoff und Wassilj Wasiltschuk. Hieronymus KELLERMANN, Gebiet Aktjubsinsk

Kulturmosaik

Das Experiment

Im Kasachischen Filmstudio hat der Regisseur Gonopolski den Film „Spiel ohne Regeln oder Experiment in Aktschi“ gedreht, der nun das Aufsehen auf dem Unionsfilmfestival unter dem Motto „Das Leben unseres Landes“ erregte. Es geht hier um das tragische Schicksal Iwan Chudenos, eines Mannes, der vor rund 20 Jahren eine wahre Revolution in der Landwirtschaft im entfernten Steppendorf Aktschi zu vollbringen versuchte. Im Grunde genommen realisierte dieser tapfere Bauer schon damals die heute so moderne Lösung „Den Boden den Bauern!“ Es war eine Herausforderung des bürokratischen muffigen Systems und endete für den Rebell Chudenko sehr tragisch — er mußte ins Gefängnis, wo er im November 1974 starb.

Wohltätigkeitsdarbietung

Im Kulturhaus des Kolchos „Trudowik“, Gebiet Dshambul hatten sich an diesem Abend rund 800 Laienkunstfreunde versammelt, denen die Freizeitsänger und -tänzer ihr Programm darboten. Die Einnahmen von dieser Darbietung wurden noch am gleichen Abend an den Wohltätigkeitsfonds überwiesen. Es machte zwar nur 530 Rubel aus, aber die Versammelten freuten sich über die Laienkunst ihrer Mitmenschen und auch, daß sie für diese wichtige Sache spenden konnten. Die Initiative dieser Aktion gehört der Methodikerin des Dorfkulturhauses Helene Schanne. Sie wurde von der Kolchosleitung und auch vom Dorfsojwet und der örtlichen Käserei unterstützt, so daß zuletzt die Spende bis auf 1 382 Rubel stieg.

Harry WEDEL, Redakteur

Ausstellung Mensch und Ernährung '90

Die Exposition Mensch und Ernährung '90 hat in der Moskauer Volkswirtschaftsausstellung die Pforten geöffnet. Sie wird von der bundesdeutschen Firma Gebrüder Helbig Industriemes-

zusammenarbeiten, sagte Roland Bonke, Vertreter von Gebrüder Helbig, vor Journalisten. Es stellen auch „Neulinge“ aus, die hier Handelskontakte anbahnen wollen. Ziel der Ausstellung sei es, nicht nur eigene Erzeugnisse anzupreisen, sondern auch Erfahrungen mit Spezialisten der Lebensmittelindustrie der UdSSR auszutauschen. Auf der Ausstellung, die bis 28. Juni dauert, würden täglich Symposien stattfinden, zu denen sowjetische Spezialisten eingeladen sind.

(TASS)

Kulturgeschichtliche Betrachtungen

Annelore ENGEL-BRAUNSCHEIDT

„Der Sturmschritt“: Zwischen kultureller Autonomie und dem Würgegriff Stalins

Bis zur Gründung der deutschen „Pflug“-Sektion werden von den Mitgliedern der Organisation innerhalb der sowjetischen Literatur drei Gruppen unterschieden. Die eine bestehe aus den „ländlich-bourgeois“ Schriftstellern mit Vertretern wie Buch, Janzen, Kuhfeld und Sinner, die versuchten, „in unserer Sowjet-

— die „kommunistische Kultur auszubauen“, so diente das „einzige deutsche Literaturjournal der Sowjetunion“. „Der Sturmschritt“, dem Zweck, die „bedeutendsten Originalwerke der sowjetischen Dichter“ zu veröffentlichen, „die wichtigsten Fragen der Theorie“ sowie „die literarisch-politischen Ereignisse“ zu beleuchten und Kontakte zwischen den Schriftstellern und der Öffentlichkeit zu fördern.

Der Start der Zeitschrift, die monatlich erscheinen sollte, war schwierig. Die erste Nummer kam nicht — wie vorgesehen — am 20. Januar 1930 heraus, sondern erst vier Monate später, „weil die Typographie bisher mit dem Druck von Massenliteratur zur Frühjahrsausaalkampagne überlastet war.“ In Heft 2 und 3 des ersten Jahrgangs, einer Doppelnummer, entschuldigt die Redaktion sich für das unregelmäßige Erscheinen der Zeitschrift: „Die Mitglieder des Redaktionskollegiums, von denen nur drei in Charkow sind, konnten die Arbeit mit bestem Willen nicht leisten, da sie die ganze Zeit über auf längeren Kommandierungen, in militärischem Dienst oder in Urlaub waren. Die Sektion hat nun beschlossen, von Mitte September an einen verantwortlichen Sekretär — anzustellen.“ (Um wen es sich dabei handelt, ist mir bis jetzt nicht gelungen herauszufinden.) Zwar hielt man an monatlicher Zahlweise fest, konnte aber trotz der neuen Maßnahmen ein regelmäßiges Erscheinen nicht gewährleisten und griff immer wieder auf die Praxis zurück, Doppelnummern herauszubringen. Die Auflage war erheblichen Schwankungen unterworfen. Die Zahl von Anfangs 500 Exemplaren konnte zwar in den Jahren 1930/31 auf 1 000 und sogar

1 350 gesteigert werden, fiel aber zwischenzeitlich wieder auf 900 oder sogar 850 zurück: 1932 schwankte die Auflagenhöhe sogar zwischen 1 000 und 2 100. Das Jahr 1933 nennt zu Beginn noch eine Auflage von 1 400, doch wie es dann weiterging, entzieht sich meiner Kenntnis. Die letzte Nummer der Monatschrift erschien im Juli 1935. Zu diesem Zeitpunkt, erinnert sich Kotschak, wußte man schon nicht mehr, „wo und ob das eine oder das andere „Pflug“-Mitglied tätig war. Dann kam der Krieg und verschlug sie in alle Richtungen.“ Daß die Zeitschrift unter den proletarischen Lesern Deutschlands „breiten Anklang“ gefunden habe, wie das Juhlfeht des „Sturmschritts“ 1931 behauptet, kann ich von deutscher Seite nicht bestätigen finden.

Herausgeber des Journals war Anfangs die deutsche Sektion des Allukrainischen Verbandes proletarischer Bauernschriftsteller (seit Mitte 1931 in „Kollektivistenschriftsteller“ umbenannt). Für den Inhalt der Zeitschrift verantwortlich zeichnete bis gegen Ende 1931 ein „Redkollegium“, wie es ohne weitere Spezifizierung bescheiden auf der letzten Seite angegeben wird. Namen erfahren wir erst ab Oktober 1931 und als Folge der 1. Konferenz der sowjetischen proletarischen Kollektivistenschriftsteller der Ukraine, die im Mai 1931 in Charkow stattgefunden hatte. Auf dieser Konferenz war das Redaktionskollegium neu gewählt worden und bestand nunmehr aus Georg Luft, als verantwortlichem Redakteur, aus F. Schellenberg, Dück und — als Vertreter des Zentralbüros der Schriftstellerorganisation „Pflug“ — Gshizky. Dieses Fünfergremium hielt sich ganze acht Monate lang. Am Juni/Juli 1932 ist wieder nur „Redkollegium“ vermerkt, ab August 1932 heißt es: „Zeitweilig verantwortlich: D. Schellenberg.“

ab September 1932 ist ohnehin alles anders.

Die Februar/März-Doppelnummer 1932, mit 2 100 Exemplaren die höchstauflagelegte Nummer des „Sturmschritts“, die mir bekannt ist, feierte nicht nur Goethe (mit Texten von Friedrich Engels und Karl August Wittfogel), sondern auch Georg Luft, den „Patriarchen“ der sowjetischen Literatur, der seinen 50. Geburtstag und seine 25jährige „Littätigkeit“ beging. Aus Anlaß des Jubiläums hielt man die Attacken gegen Luft gerade noch im Zaum, wovon in der darauffolgenden Doppelnummer schon nicht mehr die Rede sein kann: Im Juni 1932 ist der Name Georg Lufts von der Bildfläche verschwunden — ich erinnere an die eingangs zitierte „Übersiedlung nach dem Fernen Osten“. Ausgerechnet Schellenberg, der sich als Schüler Lufts verstand, 1927 dessen Sammlung von Erzählungen aus dem Kolonialleben unter dem Titel „Oktoberfunken“ mit einer begeisterten Einleitung versehen<sup>27</sup> und in der noch 1931 von ihm selbst zusammengestellte „Sammlung sowjetischer Dichtung“ zahlreiche antikerkale Gedichte von Luft vorgestellt hatte<sup>28</sup> — ausgerechnet Schellenberg bezichtigte Luft nun „theoretischer Rückständigkeit“ und versetzte damit seinem einstigen Lehrer, der sich — aus ganz einfachen Verhältnissen stammend — zum eigenständigen Schriftsteller hochgearbeitet hatte, quasi den Todesstoß.<sup>29</sup>

ANMERKUNGEN: <sup>27</sup>Ibid., 12f. <sup>28</sup>Ibid., 13. <sup>29</sup>„Sturmschritt“, 1 (1930), 16. <sup>30</sup>„Sturmschritt“, 2—3 (1930), 31. <sup>31</sup>Kotschak, „Begegnungen“ (wie Anm. 3), S. 5. <sup>32</sup>„Sturmschritt“, 7. (1931), 13. <sup>33</sup>Georg Luft, „Oktoberfunken“ (Moskau, 1927). <sup>34</sup>D. Schellenberg (Hrsg.), Sammlung sowjetischer Dichtung“ (Charkow-Kiew, 1931). <sup>35</sup>Zur literarischen Tätigkeit G. Lufts (G. Flu), Bericht D. Schellenbergs am 4. Mai 1932 auf der deutschen Pflug-Sektion in Charkow, in „Sturmschritt“, 6—7 (1932), 37—43. Auch die Gruppe der sowjetischen Schriftsteller in Odessa stimmte in die Kritik an Luft ein. Vgl. die „Chronik“, in „Sturmschritt“ 8 (1932) 23. (Fortsetzung folgt)

Chefredakteur Konstantin EHRlich

Programmorschau des Deutschen Radios Alma-Ata

Liebe Hörer, mit dem heutigen Dienstagsprogramm haben wir bereits zweimal Pech gehabt, denn es ist aus von uns nicht abhängenden Gründen schon zweimal ausgefallen. Das letzte Mal war es das kommunistische Forum Rußlands, das das erste Republikprogramm ausfüllte. Darum wiederhole ich zum drittenmal, was wir im Dienstagsprogramm für Sie bereithalten.

ritorium der UdSSR nicht besitzen.“ Auch Irina Ehrlich, Studentin der Journalistenfakultät bekommt endlich die gute Gelegenheit, uns einen Einblick in das Leben und Schaffen des hervorragenden Malers Nikolai Roerich zu gewähren.

In wenigen Minuten bringen wir den Bericht von Erna Minz aus dem Sowchos „50 Jahre UdSSR“, Gebiet Nordkasachstan. Es handelt sich da um die Bewahrung des Pachtvertrags in diesem Betrieb. Danach äußert sich schriftlich der Journalist Jakob Friesen zu dem unlängst verabschiedeten Gesetz „Über die freie nationale Entwicklung der UdSSR-Bürger, die außerhalb ihrer nationalen staatlichen Gebilde leben oder solche auf dem Ter-

handlung „Dostyk“ in Karaganda. In der Stadt Temirlau lebt die älteste Einwohnerin des Gebiets Karaganda, Christine Kiebler, die bereits ihren 102. Geburtstag hinter sich hat. Mit ihr unterhält sich am Donnerstag der Korrespondent Johann Frei. Im Freitagsprogramm hören Sie die weitere Fortsetzung des Gesprächs mit dem Einwohnern des Dorfes Tjumenka im Gebiet Nordkasachstan. Im Mittelpunkt stehen wie zuvor nationale und allgemeine menschliche Probleme der Dorfbewohner. Am Samstag sind Sie, liebe Hörer, wie immer herzlich zum klangvollen Wunschkonzert eingeladen. Bitte nicht vergessen, sich auf unsere Welle rechtzeitig einzustellen, das heißt um 16 Uhr 00. Ich wünsche Ihnen guten Empfang!

Harry WEDEL, Redakteur

(Fortsetzung, Anfang Nrn. 112, 115, 119).

Unsere Anschrift:

Kasachische SSR, 480044, Alma-Ata, ul. M. Gorkogo, 50 4. Etage



Vorzimmer des Chefredakteurs — 33-42-69, stellvertretende Chefredakteur — 33-92-91, 33-38-53; Redaktionssekretär — 33-37-77, Sekretariat — 33-34-37; Abteilungen: Ideologische Massenarbeit — 33-38-69, 33-38-04; Ökonomik — 33-35-09; Wirtschaftsinformation — 33-25-02; Volksbildung — 33-37-62; Kultur — 33-43-84; Leserbriefle — 33-48-29, 33-33-96; 33-32-33; Literatur — 33-38-80; Sillredakteur — 33-45-56; Übersetzungsbüro — 33-26-62; Schreibbüro — 33-25-87; Korrektoren — 33-92-84. Unsere Korrespondentenbüros: Dshambul — 5-19-02; Kustanal — 5-34-40; Pawlodar — 46-88-33; Petropawlowsk — 6-53-62; Zelinograd — 2-84-49.

«ФРОЙНДШАФТ» ИНДЕКС 65414

Выходит ежедневно, кроме воскресенья и понедельника

Ордена Трудового Красного Знамени типография Издательства ЦК Компартии Казахстана 480044, пр. Ленина, 2/4

Газета отпечатана офсетным способом

Объем 2 печатных листа

М 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 П 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10

Заказ 11963.